



Klaus Fessler

Der Maschinenfabrikant Josef Ignaz Rüscher

Klaus Fessler

„Szenen aus der Fabrik: Der Gießereistreik bei Rüscher-Ganahl im Jahre 1910 und seine Hintergründe“

Franz Kalb

Hans Steurer, ein Dornbirner Landammann

Christoph Volaucnik

Mehrerauer Klosterbesitz in Dornbirn während des Mittelalters

# DORNBIRNER SCHRIFTEN

BEITRÄGE ZUR STADTKUNDE

## Nr. III

	Seite
Klaus Fessler	Der Maschinenfabrikant Josef Ignaz Rüschi . . . 3
Klaus Fessler	„Szenen aus der Fabrik: Der Gießereistreik bei Rüschi-Ganahl im Jahre 1910 und seine Hintergründe“ . . . . . 15
Franz Kalb	Hans Steurer, ein Dornbirner Landammann . . 46
Christoph Volaucnik	Mehrerauer Klosterbesitz in Dornbirn während des Mittelalters . . . . . 49

Medieninhaber:

Stadt Dornbirn, Archiv der Stadt Dornbirn, Rathausplatz 3, 6850 Dornbirn  
Hersteller: Vorarlberger Verlagsanstalt Ges.m.b.H., 6850 Dornbirn

Dornbirn, im Mai 1988



Josef Ignaz Rüsç (1861–1925).  
(Foto im Besitz von Dipl.-Ing. Karl Werner Rüsç, Dornbirn).

# Der Maschinenfabrikant Josef Ignaz Rüschi (1861–1925)

Wie kaum eine andere Unternehmerpersönlichkeit Dornbirns besaß der Maschinenfabrikant Josef Ignaz Rüschi zu Beginn unseres Jahrhunderts einen erheblichen Einfluß auf Politik, Wirtschaft und Kultur Dornbirns und Vorarlbergs.

Im Gegensatz zu anderen heimischen Fabrikanten wurde er von Unternehmensgeschichtsschreibern wie Dr. Hans Nägele keiner Darstellung unterzogen, obwohl gerade dieser als junger Real-schüler ein dankbarer Kostgänger im Hause des Fabrikanten Rüschi gewesen war.<sup>1</sup> Außerdem war die Familie Rüschi verwandtschaftlich aufs engste mit anderen Fabrikantenfamilien Dornbirns verflochten.

Josef Ignaz Rüschi wurde am 30. November 1861 in Dornbirn als Sohn des Karl Alfred Rüschi (1831–1892) geboren. Sein Vater führte seit 1855 die im Jahre 1827 gegründete Maschinenfabrik und Eisengießerei im Dornbirner Stadtteil „Schmelzhütten“.

Da Dornbirn zu dieser Zeit noch keine höhere Schule besaß, besuchte Josef Ignaz Rüschi nach der Volksschule die k. k. Oberrealschule in Salzburg, welche er 1881 abschloß. Die folgenden Jahre widmete er dem Studium der Technik. 1886 heiratete er in Innsbruck Anna Maria Rhomberg, die Tochter eines Fabrikanten aus der Tiroler Linie der Herrburger und Rhomberg.

Als 1892 sein Vater starb, mußte er das Studium abbrechen, um mit seinen drei Brüdern Karl, Walter und Alfred die nun als OHG. eingetragene Firma zu übernehmen. Während die beiden anderen Brüder lediglich als Teilhaber fungierten, waren Karl und Ignaz in der Direktion des Unternehmens tätig.<sup>2</sup>

Der Betrieb hatte sich in jenen Jahren auf den Bau von Turbinen und Wasserkraftanlagen spezialisiert und galt um die Jahrhundertwende als der bedeutendste Metallbetrieb des Landes. Er besaß ein Absatzgebiet weit über die Kronländer der Monarchie hinaus.<sup>3</sup> Allein in den acht Jahren zwischen 1884 und 1892 hatte sich das bewegliche Vermögen der Firma, also jenes Kapital, das aus Wertpapieren und Bargeld bestand, nach Angaben des Firmeninhabers von 120.000 fl. auf 228.423 fl. erhöht, also nahezu verdoppelt. Zum Vermögen der Firma zählten nicht nur das Wohnhaus in der Schmelzhütterstraße, die Eisengießereigebäude und die Hammerschmiedewerkstätte, sondern auch das

Eintritt in die Firma  
im Jahre 1892

ehemalige Scharfeckwirthshaus samt Wirtschaftsgebäude am Marktplatz, das ehemalige Schulhaus in der Schulgasse 18 wowie diverse andere Wirtschaftsgebäude.<sup>4</sup>

1886 bezog Josef Ignaz Rüschi mit seiner Familie die prunkvolle Villa in der Schulgasse 46. Mit einem steuerpflichtigen Privatvermögen von 8682 fl. (1892) gehörte J. Ig. Rüschi dem Wahlkörper der Höchstbesteuerten an und zählte zu den Reichen der Stadt.<sup>5</sup>

### Josef Ignaz Rüschi in der Gemeindepolitik

Bald nach dem Eintritt in die Firma nahm Josef Ignaz Rüschi aktiv teil am politischen und kulturellen Leben seiner Heimatstadt, und zwar im Dienste des deutsch-freiheitlichen Lagers. Bereits 1888 wurde er Mitglied des Dornbirner Gemeindeausschusses, also der Gemeindevertretung. Mit nur 74 Stimmen konnte er aufgrund des damaligen Wahlsystems in die Gemeindeversammlung einziehen, wo er sich bald seine ersten Spuren verdiente. Die deutschfreisinnige Partei stellte zu jener Zeit den Bürgermeister in der Person des Arztes Dr. Johann Georg Waibel. Zunächst wurde Rüschi in den Baurat, in den Sparkassenausschuß und als Ersatzmann in die Häuserklassifikationskommission gewählt.<sup>6</sup>

Mitglied des  
„Gemeinde-  
ausschusses“ und  
Stadtrat

1896 ersetzte Josef Ignaz Rüschi den überraschend verstorbenen Gemeinderat Rief, und er wurde Obmann des Beleuchtungskomitees.<sup>7</sup> Die Gemeindevahl vom 10. Jänner 1898 brachte J. Ig. Rüschi mit 104 Stimmen des I. Wahlkörpers in den Stadtrat, wo er den Komitees „Trinkwasser“, „Gewerbliche Fortbildungsschule“, „Nachtwache“ und dem „Ortsschulrat“ angehörte. Eine zeitlang war er sogar Ortsschulinspektor.<sup>8</sup>

Die Liberalen und die Christlichsozialen lieferten einander zu jener Zeit heftige Kämpfe in der Gemeindevertretung, wobei es meist um die Änderung des Wahlrechts ging. Ende April 1898 kam es im Gemeindeausschuß zu Auseinandersetzungen, als Gustav Rhomberg von den Christlichsozialen eine Anspielung auf das Firmeninteresse Rüschs bei der Vergabe des geplanten Elektrizitätswerkes machte, weil der wassermotorische Teil des Auftrags an die Firma Rüschi erteilt werden sollte. Gegen diese Anschuldigungen verwahrte sich Josef Ignaz Rüschi energisch, und schließlich verließ er unter Protest die Sitzung. Da auch in den folgenden Debatten vom Gegner nichts zurückgenommen wurde, setzte sich der Streit fort.<sup>9</sup>

Als die Liberalen 1901 eine knappe Mehrheit im II. Wahlkörper

erringen konnten und den Sieg entsprechend lautstark feierten, erhob das klerikale „Vorarlberger Volksblatt“ die früheren Vorwürfe in polemischer Weise von neuem: Rüschi habe es verstanden, „mitkonkurrierende Firmen auf die Seite zu schieben.“<sup>10</sup>

Dies konnte Josef Ignaz Rüschi nicht auf sich sitzen lassen, und so ließ er in der nächsten Nummer des „Dornbirner Gemeindeblattes“ eine ganzseitige Gegendarstellung unter dem Titel „Eingesendet!“ abdrucken, in der er sich zu rechtfertigen suchte und worin er den Vertrag mit der Firma Siemens & Halske offenlegte.<sup>11</sup>

Schon bei der Gemeindeausschuwahl vom 21. bis 29. Jänner 1901 kandidierte er nicht mehr. Nach 13 Jahren Gemeindepolitik hatte Josef Ignaz Rüschi offenbar genug, und so wandte er sich anderen Aufgaben und Interessenvertretungen zu.

Die meisten Liberalen Dornbirns hatten in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts einen Wandel durchgemacht: Sie hatten die gemäßigte Linie der „Feldkircher Zeitung“ verlassen und sich zunehmend zu einer deutschnationalen und antisemitischen Bewegung radikalisiert. Gleichzeitig verloren sie bei der Arbeiterschaft als Partei der Industriellen jede Sympathie. Ihren Niederschlag fand diese Entwicklung der Dornbirner Liberalen 1901 in der Wiedergründung des „Vorarlberger Volksfreundes“, eines Wochenblattes, für dessen wirtschaftliche Grundlage deutschnationale Parteifreunde um Dr. August Zumtobel in Dornbirn sorgten. Zu diesem Zwecke gründeten sie 1913 auch die „Vorarlberger Buchdruckereigesellschaft“.<sup>12</sup> Während des Ersten Weltkrieges übernahm Josef Ignaz Rüschi vertretungsweise die Schriftleitung der nun dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitung. Ihre zunehmend deutschnationalen Töne mündeten Ende 1918 in das „Vorarlberger Tagblatt“.<sup>13</sup>

Streit um Vergabe  
des Dornbirner  
Elektrizitätswerkes  
1898

Schriftleitung des  
„Vorarlberger  
Volksfreundes“

## Josef Ignaz Rüschi als Gründer des Industriellenbundes

Als am 24. Oktober 1903 die Sektion Vorarlberg des Bundes Österreichischer Industrieller in Dornbirn ihre Gründungsversammlung abhielt, wählte sie den Initiator der Vorarlberger Landesgruppe zu ihrem Obmann, nämlich Josef Ignaz Rüschi. In seiner Dankesrede stellte er fest, daß es ihm zwar lieber gewesen wäre, wenn ein Angehöriger der Textilindustrie an der Spitze gestanden hätte, doch nahm er die Funktion, die er bis 1908 behielt, dankend an.<sup>14</sup> Auch als später der Dornbirner Textil-

Mitgründer und  
erster Obmann der  
Vorarlberger  
Industriellen-  
organisation

fabrikant Julius Rhomberg die Obmannstelle übernahm, blieb Rüsç bis 1918 sein 1. Stellvertreter.

Die Landesgruppe des Industriellenbundes hatte sich vor allem einheitliche Lohnverhältnisse und Arbeitszeitregelungen zum Ziele gesetzt. In einer Zeit, als sich die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft durch Lohnkämpfe Luft machte, war der Aufbau einer schlagkräftigen Organisation für die Unternehmer von vitalem Interesse.

### Josef Ignaz Rüsç als Arbeitgeber und Unternehmer

Josef Ignaz Rüsç, der sicherlich mit den Anschauungen liberaler und paternalistischer Fabrikanten des 19. Jahrhunderts aufgewachsen war, erlebte während seiner Betriebsführung die zunehmende Einschränkung seiner Entscheidungsmöglichkeiten. Mit dem Koalitionsrecht von 1870 und dem Erstarken der Gewerkschaften wurde er gezwungen, die Arbeiterschaft als Verhandlungspartner zu akzeptieren:

*Unsererseits wird der Arbeiterschaft nicht das Recht bestritten, auf die Arbeitsbedingungen Einfluß zu nehmen und gesetzliche Mittel im Lohnkampfe in Anwendung zu bringen.*<sup>15</sup>

Andererseits war er eingebunden in die Interessenvertretung des Industriellenbundes. So machte er zum Beispiel 1910 der Arbeiterschaft deutlich, daß er sich bei Austragung von Lohnkämpfen an die Arbeitgeberverbandsvorschriften halten müsse.<sup>16</sup>

Hinzu kam, daß sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens um die Jahrhundertwende zu verschlechtern begann. Die Turbinenbauanstalt Josef Ignaz Rüsç OHG., Maschinenfabrik und Eisengießerei, Dornbirn befand sich zwar auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, aber auch in einem schweren Konkurrenzkampf.<sup>17</sup> Ab etwa 1908 machte sich in ganz Österreich eine Rezession bemerkbar. Außerdem war Vorarlberg nie ein günstiger Standort für Maschinenfabriken, weil die Frachtlage für den Bezug der Rohstoffe und den Absatz der Erzeugnisse unvorteilhaft ist.<sup>18</sup> Hinzu trat der Umstand, daß die Gießerei und Maschinenwerkstätte der Firma Carl Ganahl in Frastanz ein ähnliches Erzeugungsprogramm aufwies und Rüsç konkurrenzierte. Eine Fusionierung beider Betriebe war also naheliegend, und so kam es 1905 zur Bildung der „Vereinigten Maschinenfabriken Rüsç-Ganahl, Aktiengesellschaft“. Damit hatte sich eine entscheidende Wende vollzogen: Aus dem ehemaligen Familienbetrieb war eine Aktiengesellschaft entstanden, deren Verwal-

Familien-  
unternehmen  
wird Aktien-  
gesellschaft

tungsrat den Aktionären verpflichtet war. Josef Ignaz Rüschi blieb bis 1913 Präsident des Verwaltungsrates, trat jedoch von der Geschäftsleitung zurück, als das Unternehmen in eine immer tiefere Krise schlitterte. Als Nachfolger wurde von der Kreditanstalt in Wien, welche zum Hauptaktionär wurde, Dr. Aletsch als Direktor eingesetzt. Auch er konnte jedoch das Liquidationsverfahren 1914 von der Firma nicht abwenden.<sup>19</sup> Rüschi blieb es also nicht erspart, den Niedergang der traditionsreichen Firma miterleben.

Doch auch bei den Arbeitern war die Enttäuschung über die nicht mehr vorhandene Verfügungsgewalt des Fabrikanten groß. Sie litten an der zunehmenden Anonymität der Firmenleitung und an der Fremdbestimmung durch Wiener Bankkapital. Schon die Abfassung und Kundmachung einer „Arbeitsordnung“, die auf eine Disziplinierung der Arbeiterschaft zielte, signalisierte 1911 deutlich den Übergang von personenbezogener hin zu bürokratisch-anonymer Unternehmensführung.<sup>20</sup>

1914 mußte sich Josef Ignaz Rüschi von Arbeitern vorwerfen lassen, er sei kein Ehrenmann, weil er mündlich getroffene Vereinbarungen nicht anerkenne. Mit dem Hinweis, es gelte nur das Schriftliche, war die gerichtliche Klage zweier Gießerei abgewiesen worden, die mit Rüschi mündlich abgemacht hatten, daß sie auch bei nicht erreichter Akkordzeit den vollen Tageslohn ausbezahlt bekämen:

*Man sollte meinen, wenn einmal das Ehrenwort eines Fabrikanten auf dem Spiele stehe, dann müßten sich gewöhnliche Arbeiter nicht bemühen, ihr Recht vor Gericht zu fordern. Aber was gilt bei einem vom Bankkapital eingesetzten Direktor das Ehrenwort des Chefs?<sup>21</sup>*

Weil Rüschi also immer mehr die Hände gebunden waren und auch der wirtschaftliche Niedergang der Firma unabwendbar schien, verlagerte er sein Interesse auf Aktivitäten, für die er ohnedies immer sehr viel Zeit geopfert hatte.

## Josef Ignaz Rüschi als Abgeordneter im Vorarlberger Landtag

Josef Ignaz Rüschi, dessen Schwiegervater der Tiroler Handelskammerpräsident war, begann seine Karriere als Mitglied der Handels- und Gewerbekammer Feldkirch im Jahre 1905, wo er zunächst in verschiedenen Ausschüssen tätig war. Sein politischer Einfluß vergrößerte sich jedoch schlagartig, als er 1909 von der Handels- und Gewerbekammer ein Abgeordnetenmandat für

Der Niedergang der Firma zeichnet sich ab

Vertreter industrieller Interessen im Landtag (1909–1914)

den Landtag erhielt. Dort stand die deutschfreiheitliche Minderheit mit zwei Abgeordneten gegenüber einer Mehrheit von 24 Christlichsozialen auf verlorenem Posten. Rüschi beteiligte sich intensiv an den Landtagsdebatten und geriet als Vertreter des Kapitals immer wieder in heftige Auseinandersetzungen mit Dr. Karl Drexel, dem kämpferischen Priester und Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung. Die 7. Sitzung vom 2. Oktober 1911 mag schlaglichtartig erhellen, wie sich die beiden politischen Lager begegneten:

*Rüschi: Da auch wieder in dieser Session des Landtages von Seite der christlichsozialen Majorität. . . die Gelegenheit wahrgenommen wurde, die Parteiagitatorien anlässlich der letzten Reichsratswahl zur Sprache zu bringen, . . . erkläre ich, daß ich der agitatorischen, politischen Tätigkeit vollkommen fern stehe. . . Ich erachte es auch der drückenden Majorität der christlichsozialen Partei in diesem hohen Hause nicht für würdig, jede passende oder unpassende Gelegenheit heranzuziehen, der Minorität für nicht verantwortliche Details ihre Übermacht fühlen zu lassen und dies gerade in rein wirtschaftlichen Fragen, welche im gemeinsamen Einverständnis beraten und beschlossen werden sollten.*

Diese Erklärung Rüschi nahm Dr. Drexel sofort zum Anlaß, um an dessen politische Vergangenheit als Dornbirner Gemeinderat zu erinnern:

*Dr. Drexel: Ich gebe zu, daß er sich heute vom politischen Kampfe mehr zurückgezogen hat, es hat aber eine Zeit gegeben, wo er selbst mittat und wo er sein Schwert selten in die Scheide steckte und es mag jetzt halt zutreffen, daß man für die Sünden der Jugend in der alten Gemeindestube von Dornbirn jetzt im Alter büßen muß. . .<sup>22</sup>*

Josef Ignaz Rüschi setzte sich im Vorarlberger Landtag für wirtschaftliche und kulturelle Anliegen ein, die häufig Dornbirn betrafen, wie etwa für die Subvention zur Schuldentilgung der Wälderstraße (1909) oder für die Errichtung einer Stickereifachschule (1909). Auch bekundete er „lebhaftes Interesse“ an der Errichtung eines Gewerbeförderungsinstitutes (1910), nachdem sich schon der christlichsoziale Bürgermeister Dornbirns, Engelbert Luger, dafür erwärmt hatte, um „die Entwicklung des Kleingewerbes in richtige Bahnen, zu lenken und „vor unglücklichen Investitionen, zu bewahren.“<sup>23</sup> Rüschi hatte es allerdings weniger auf die Förderung des Kleingewerbes als vielmehr auf jene der Industrie abgesehen.

Steuererhöhungen mußten unmittelbar auch die Lohnpolitik und

Ertragslage seiner Firma betreffen. Kein Wunder, daß er sich 1910 beispielsweise gegen die Erhöhung der Biersteuer aussprach:

*Es ist ein circulus vitiosus, aber ich möchte da nur erwähnen, daß die Verteuerung der Lebensmittel eine Verteuerung der Löhne mit sich bringt.*<sup>24</sup>

Aus diesen Motiven heraus beteiligte sich Rüsç so intensiv an den Teuerungsdebatten der 10. Legislaturperiode.

Als Fabrikant von Turbinenanlagen war Josef Ignaz Rüsç auch am raschen Ausbau der Wasserkräfte im Lande interessiert. Deshalb mischte er bei Wasserrechtsfragen mit,<sup>25</sup> und von 1911 bis 1913 war er auch Mitglied des „Vorarlberger Wasserkraftkomitees“.<sup>26</sup> Sicher war auch er eine der treibenden Kräfte, die 1923 zum Bau des ersten größeren Kraftwerkes des Landes, des Gampadelswerkes, führten.

Josef Ignaz Rüsç als Mitglied des Bodenkulturausschusses in Dornbirn

Als während des Ersten Weltkrieges eine prekäre Lebensmittelknappheit herrschte, war in Dornbirn ein „Bodenkulturausschuß“ zur Bekämpfung dieses Übels eingerichtet worden, dem auch Josef Ignaz Rüsç als aktives Mitglied angehörte.

Auf einer Versammlung vom 15. April 1917 im Mohrensaal in Dornbirn, bei der auch Landeshauptmann Adolf Rhomberg anwesend war, leitete Rüsç im Anschluß an den Gastvortrag des Schweizer Professors Stebeler eine Debatte, in deren Verlauf eine EntschlieÙung angenommen wurde. Diese sah ein Landesgesetz zur Durchführung sogenannter „landwirtschaftlicher Operationen“ und zur Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften vor, wobei widerstrebende Grundbesitzer auch enteignet werden sollten. Rüsç trat einerseits dafür ein, daß sich die besitzlose Industriebevölkerung landwirtschaftlich betätigen können sollte, andererseits schwebten ihm arondierte, landwirtschaftliche Großbetriebe vor, die eine rationelle Bewirtschaftung des Rheintales ermöglichen sollten.<sup>27</sup> Als Vorbild diente ihm dabei das Deutsche Reich.

Die Unterstützung einer landwirtschaftlichen Zentralstelle in Wien oder des Genossenschaftsverbandes dagegen hatte Rüsç sieben Jahre zuvor im Landtag abgelehnt.<sup>28</sup>

Das Ringen um die landwirtschaftliche Autarkie Vorarlbergs bedeutete für Josef Ignaz Rüsç den „Kampf an der Heimat-

Einsatz für  
Rationalisierung  
der Landwirtschaft

front" gegen die Vaterlandsfeinde, vor allem gegen England, das gegen Deutschland einen Hungerkrieg führe, weil es sonst nicht imstande wäre, „die Mittelmächte mit Waffengewalt zu bezwingen.“<sup>29</sup>

## Josef Ignaz Rüschi als Kulturförderer

Ende des 19. Jahrhunderts wetteiferten die politischen Parteien „miteinander nicht nur im Kampf um Mandate, sondern auch in der Gründung von Vereinen“.<sup>30</sup>

Für die Liberalen in Dornbirn stellte der „Constitutionelle Verein“, der 1870 gegründet worden war, einen Mittelpunkt politischen und gesellschaftlichen Lebens dar.<sup>31</sup> Diese Bewegung um den Arzt Dr. Leo Herburger und den Anwalt Dr. Karl Fußenegger bildete eine Art Gegengewicht zum Kasino der Konservativen. Am 2. März 1890 hielt Josef Ignaz Rüschi vor der Generalversammlung dieses Vereins im Mohrensaal den Vortrag „Über Volksbibliotheken“. 14 Tage später erschien im „Dornbirner Gemeindeblatt“ ein Aufruf Rüschi an alle Mitbürger, die vom Verein gegründete Büchersammlung durch Neuanschaffungen und Geldmittel zu unterstützen. Die Bibliothek sollte jedermann zur Verfügung stehen, um die „freie Zeit nützlich und gewinnbringend anzuwenden. . .“<sup>32</sup> Die Idee der Volksbibliothek war ebenso das liberale Gegenstück zum Leseverein der Kasino-Bewegung bzw. zu den sozialdemokratischen Bildungseinrichtungen. Von deutschnationaler Seite wurde diese Einrichtung später durch die Bücherei in der Schillerstraße 4 und durch den Textilindustriellen Viktor Hämmerle weitergetragen, der in der Oberdorfer Kochschule eine Lesehalle einrichtete.<sup>33</sup>

Eine maßgebliche Rolle spielte Josef Ignaz Rüschi bei der Entwicklung der Dornbirner Realschule. Er war es, der 1901 als Gemeinderat den Erwerb des Grundstückes von Theodor Rhomberg für den Bau des neuen Realschulgebäudes in die Wege leitete, nachdem er sich schon in den 90er Jahren als Schriftführer des Realschulkomitees im Gemeindeausschuß um die Aufwertung der damaligen zweiklassigen Unterrealschule bemüht hatte.<sup>34</sup> Überhaupt ging die Erhebung zu einer k. k. Oberrealschule im wesentlichen auf das Konto liberaler Kräfte in der Gemeindepolitik. Sie stellten das gebildete Großbürgertum dar und waren daran interessiert, ihren Kindern eine höhere Bildung zukommen zu lassen. Rüschi's Mitgliedschaft beim „Unter-

Einrichtung von  
Volksbibliotheken

Förderer der  
„Dornbirner  
Realschule“

stützungsverein der k. k. Oberrealschule“ und jährliche Spendenleistungen brauchen kaum eigens erwähnt zu werden.

In jüngeren Jahren selbst Geiger in Orchester und Kammerquartett, war Josef Ignaz Rüschi ein langjähriges Mitglied der „Gesellschaft der Musikfreunde“ in Dornbirn. Diese faßte am 25. Mai 1902 den Beschluß der Errichtung einer vollständigen Musikschule. Josef Ignaz Rüschi stellte das firmeneigene Haus in der Schulgasse 17 für den Musikunterricht zur Verfügung.<sup>35</sup>

Nachdem die von den Liberalen gegründete Schule 1910 einen hohen Abgang zu verzeichnen hatte, bemühte sich Rüschi in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter um eine Landeskonvention, die von den Christlichsozialen abgelehnt wurde. Der weitschweifig formulierte Antrag verrät Rüschis Kulturverständnis: *Es wird wohl allseits zugegeben werden, daß gerade in unserer, an politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen so außerordentlich reichen Zeit auch Bestrebungen unterstützt werden sollten und müßten, welche nicht nur wirtschaftlichen Prinzipien dienen, sondern den Zweck verfolgen, das Volk – ich möchte sagen – in ethischer Beziehung zu erziehen und zu veredeln.* . . .<sup>36</sup>

Die Absicht, welche sich hinter dem geradezu klassischen Bildungsideal verbirgt, war jene nach dem Abbau sozialer Spannungen, welche Rüschi zu der Zeit in seiner Firma erleben mußte. Er war der Ansicht, daß durch solche Einrichtungen „ . . . politische und soziale Gegensätze auf neutralem Gebiet eine gewisse Milderung erfahren könnten.“<sup>37</sup> Tatsächlich war jedoch durch das Schulgeld der Zugang zur Musikschule auf wohlhabende Bevölkerungsschichten beschränkt.

In den 20er Jahren übernahm Josef Ignaz Rüschi die Obmannstelle der Gesellschaft der Musikfreunde, und unter seiner Vorstandschaft schloß sie einen Vertrag mit der Stadt Dornbirn ab, welcher der Schule den Erhalt, andererseits aber der Gemeinde ein Mitspracherecht im Ausschuß der Gesellschaft sicherte.<sup>38</sup>

Von 1892 bis 1901 war Josef Ignaz Rüschi auch Mandatar des Vorarlberger Landesmuseumsvereines, wo er sich um die Förderung landesgeschichtlicher Forschung bemühte. 1898 verfaßte er das Vorwort für Josef Pius Moosbrugger, den Dornbirner Schulbenefiziaten, und seine „Topographie von Dornbirn“, noch heute ein stadtkundliches Standardwerk. Als damaliger Gemeinderat nannte er es „einen Akt der Pietät“ gegenüber dem Priester, daß die Stadt das Buch erwerbe.<sup>39</sup>

Als im August 1916 zwei Glocken der Pfarrkirche St. Martin entfernt wurden, um sie für Kriegszwecke einzuschmelzen,

Obmann der  
„Gesellschaft der  
Musikfreunde“

Mandatar des  
„Vorarlberger  
Landesmuseums-  
vereines“

machte sich Josef Ignaz Rüscher unter tatkräftiger Mithilfe der zwei Lehrer Emil und Theodor Bildstein daran, eine Beschreibung sämtlicher Kirchen- und Kapellenglocken zu verfassen, damit ihre Geschichte der Nachwelt überliefert würde. Diese Schrift mit dem Titel „Glockenabnahme im August und September 1916 in Dornbirn zu Kriegszwecken“ baute auf der Arbeit des k. k. Konservators Dr. Samuel Jenny auf, der die Inschriften und Verzierungen auf Vorarlberger Glocken inventarisiert hatte. Dennoch scheint die Aufnahme eine langwierige und zeitraubende Arbeit gewesen zu sein, sonst hätte sich die Veröffentlichung nicht so lange verzögert.<sup>40</sup>

Als Gießereifabrikant hatte Rüscher wohl auch ein fachliches Interesse an Glocken. Die meisten Glocken Dornbirns waren noch von der Grassmayrschen Gießerei in Feldkirch gegossen worden, also von jener Betriebsstätte, die unter Carl Ganahl mit den Rüscher-Werken fusioniert worden war.

Andererseits erkannte Josef Ignaz Rüscher den künstlerischen und historischen Wert der Glocken. Die Einleitung zu diesem „Glockenkennachruf“ läßt sein Bedauern, aber auch seine Einsicht erkennen, daß das Metall für den Krieg notwendig sei:

*Wir leben in einer außerordentlichen Zeit, die dementsprechend außerordentliche Maßnahmen erfordert. . . Man ist kein freier Bürger mehr wie früher, man kann nicht mehr tun wie und was man will, man ist im Großen und Ganzen nicht nur Untertan der Allgemeinheit geworden, sondern der Begriff des Privateigentums ist sogar bis zu einem gewissen Grade aufgehoben worden, und Vater Staat nimmt vieles Privateigentum als Besitz der Allgemeinheit und zu Staatserhaltungszwecken in Anspruch, und das von Rechtswegen und mit Zustimmung aller Vaterlandsfreunde. Niemand bleibt vor solchen Maßnahmen verschont, auch die Gotteshäuser nicht, ihnen nimmt man wie anderen die kupfernen Dächer sowohl als die ehernen Glocken, die Feier, Freude und Schmerz verkündeten, die dem Frieden geweiht nun dem Menschen mordenden Kriege dienen müssen.<sup>41</sup>*

Bei der Beschreibung der größten Glocke von St. Martin, der Wetterglocke namens „Concordia“, vermerkte Josef Ignaz Rüscher den Wunsch, man möge vom existierenden Gipsabdruck einmal ein Modell herstellen und dieses in ein „zu bildendes städtisches Museum“ stellen. Rüscher hatte offensichtlich längere Zeit die Gründung eines Dornbirner Heimatmuseums betrieben.<sup>42</sup>

Als Josef Ignaz Rüscher am 19. Dezember 1925 mit 64 Jahren starb, konnte er nicht ahnen, daß die Verwirklichung seiner Bestrebungen noch über 60 Jahre auf sich warten lassen würde.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> 75. Jahresbericht der Bundesrealschule in Dornbirn, Schuljahr 1952/53, Jubiläumsausgabe, S. 43.
- <sup>2</sup> Rüschi, Rainer: „Die Geschichte der Familie Rüschi aus Dornbirn/Vorarlberg und die Entwicklung der Rüschi-Werke im 19. Jahrhundert.“ Masch. Manuskript, 1987, S. 7 ff. und Zahltagsbücher der „Vereinigten Maschinenfabriken Rüschi-Ganahl, AG“, Archiv des Vereins Industriegeschichte, Feldkirch.
- <sup>3</sup> Rüschi, J. Ig. OHG, Turbinenbauanstalt, Maschinenfabrik und Eisengießerei, Dornbirn: „Turbinen und Regulatoren. Abteilung Turbinen.“ 1904, S. 10 ff.
- <sup>4</sup> Vermögensbekenntnisse J. Ig. Rüschi 1884, Markt J-R, und 1892, K-R; Stadtarchiv Dornbirn.
- <sup>5</sup> ebenda
- <sup>6</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 38/1888, Nr. 41/1888, Nr. 42/1888 und Nr. 48/1888.
- <sup>7</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 39/1896, und Nr. 1/1898,
- <sup>8</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 5/1898; Nr. 7/1898 und „Vlb. Tagblatt“ vom 23. Dezember 1925
- <sup>9</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 18/1898, Nr. 28/1898,
- <sup>10</sup> „Vorarlberger Volksblatt“, Nr. 23 vom 27. Jänner 1901.
- <sup>11</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 5/1901.
- <sup>12</sup> Vgl. Petsche-Rüschi, Dora: „Die Entwicklung der politischen Parteien Vorarlbergs von 1870 bis 1918“, Innsbruck 1948, S. 81 ff.
- <sup>13</sup> „Vorarlberger Tagblatt“, Nr. 291 vom 21. Dezember 1925 und Vallaster, Christoph: „Schlagzeilen“. Vorarlberger Pressegeschichte, Dornbirn 1985, S. 108.
- <sup>14</sup> „Feldkircher Zeitung“, Nr. 86 vom 28. Oktober 1903, S. 2.
- <sup>15</sup> Beilage zum „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 92, 1910.
- <sup>16</sup> Vgl. ebenda
- <sup>17</sup> siehe Anmerkung 3).
- <sup>18</sup> Vgl. „100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg“, 1952, S. 204.
- <sup>19</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 7 vom 12. Februar 1914, S. 4 und Schreiben der „Vereinigten Maschinenfabriken Rüschi-Ganahl AG an die k. k. Bezirkshauptmannschaft Feldkirch vom 9. Oktober 1914, Vorarlberger Landesarchiv, Zl. 2368/1, XXXIV-108.
- <sup>20</sup> „Arbeitsordnung für die Betriebe der Firma Vereinigte Maschinenfabriken Rüschi-Ganahl AG, Dornbirn“, 1911, Vorarlberger Landesarchiv Zl. 534/102.
- <sup>21</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 7 vom 12. Februar 1914.
- <sup>22</sup> Stenographische Berichte des Vorarlberger Landtages, II/10, 7. Sitzung vom 2. Oktober 1911.
- <sup>23</sup> Stenographische Berichte des Vorarlberger Landtages, II/10, 8. Sitzung vom 5. Oktober 1910.
- <sup>24</sup> ebenda, 10. Sitzung vom 10. Oktober 1910.
- <sup>25</sup> Stenographische Berichte des Vorarlberger Landtages, X/V, 9. Sitzung vom 17. Oktober 1912.
- <sup>26</sup> Siehe Anmerkung 2), S. 8.
- <sup>27</sup> „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 48 vom 21. April 1917, S. 6.
- <sup>28</sup> Stenographische Berichte des Vorarlberger Landtages, II/10, 7. Sitzung 1910.
- <sup>29</sup> Siehe Anmerkung 27).
- <sup>30</sup> Haffner Leo: „Die Kasiner“, Bregenz 1977, S. 84.
- <sup>31</sup> Vgl. Petsche-Rüschi, Dora, a.a.O., S. 10 ff. und Haffner Leo, ebenda
- <sup>32</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 11/1890.
- <sup>33</sup> Nägele, Hans: „Zum 80. Geburtstag Victor Hämmerles“. In: Feierabend, Sonderbeilage, 1935, S. 99.
- <sup>34</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 2/1901.

- <sup>35</sup> „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 31 vom 31. Mai 1902, S. 3 und „Vorarlberger Tagblatt“ vom 30. Dezember 1925.
- <sup>36</sup> Stenographische Berichte des Vorarlberger Landtages, IV/10, 17. Sitzung 1911/12, S. 3.
- <sup>37</sup> ebenda, S. 2.
- <sup>38</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 45/1922.
- <sup>39</sup> Moosbrugger, Josef Pius: Topographie von Dornbirn nach dem Plane von 1832, Dornbirn 1898, Vorwort.
- <sup>40</sup> Rüschi, Ignaz: „Glockenabnahme im August/September 1916 in Dornbirn zu Kriegszwecken“. Dornbirn 1916, S. 7.
- <sup>41</sup> ebenda, S. 1.
- <sup>42</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 52/1925.

# „Szenen aus der Fabrik: Der Gießereistreik bei Rüscher-Ganahl im Jahre 1910“

## Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft

Der sprunghafte Anstieg der Lebensmittelpreise um 1910 war eine Erscheinung der gesamten österreichisch-ungarischen Monarchie. Österreich wies die höchsten Getreidepreise der Welt und übermäßige Fleischpreise auf.<sup>1</sup>

Dies galt in starkem Ausmaße auch für Vorarlberg. Über Ursachen der allgemeinen Teuerung wurden in Landtag und Gemeindestuben heftige politische Debatten abgeführt. So heißt es beispielsweise im Bericht des Volkswirtschaftlichen Ausschusses im Vorarlberger Landtag 1910:

*Ueber die Teuerung klagen alle Länder, alle Staaten. Alte Chroniken verzeichnen Jahre schwerer Teuerung, die verursacht wurde durch Krieg oder Mißernte; Friede und eine gute Ernte pflegten das Uebel rasch zu beheben; mit solchen Zeiten hat die gegenwärtige Teuerung nur wenig Vergleichspunkte gemeinsam. . . Im scharfen Gegensatze aber zu alter Zeit bildet das Großkapital die Preise und von Jahr zu Jahr erweitert sich seine Einflußsphäre und erschwert dadurch jede Gegenaktion.*

*Der Geldwert sinkt ständig in unserer Zeit, in einem Jahrzehnt fast mehr als früher in 100 Jahren, dazu das Steigen aller Löhne, wodurch sowohl das Urprodukt als auch schließlich die fertige Ware im Preise steigt, was für den Konsumenten alles Verteuerung des Lebens bedeutet.<sup>2</sup>*

Diese Tatsache erkannte auch der Dornbirner Bürgermeister Luger, der sich als christlich-sozialer Abgeordneter an der Landtagsdebatte über die Teuerung beteiligte:

*Ich habe da Erkundigung eingeholt ringsherum in den verschiedenen Städten und habe gesehen, daß die Fleischpreise speziell in Dornbirn immer sehr hoch und bedeutend höher waren als in anderen Orten.<sup>3</sup>*

Die tiefgreifende Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten durch die inflationäre Entwicklung und die Verteuerung der Lebensmittel erkannte man in allen politischen Lagern. So klagt z. B. der freisinnige Stadtvertreter Smetana in der Dornbirner Stadtvertreterversammlung vom 28. August 1910:

Enorme  
Verteuerung der  
Lebensmittel

*Die drückendste Erscheinung ist gewiß auf dem Fleischmarkte. Die untersten Volksschichten sind gezwungen, Fleisch von ihrem Tische auszuschließen.*<sup>4</sup>

Etwas schärfer formulierte die „Vorarlberger Wacht“, das Organ der Sozialdemokraten, diesen Sachverhalt:

*Wie schon seit Jahren bekannt, ist Dornbirn der teuerste Ort in Oesterreich. Die industrielle Arbeiterschaft leidet unbeschreiblich unter diesem Zustande. . . Durch die ungeheure Zunahme der indirekten Steuern seit einigen Jahren und die daraus entstandene unerträgliche Teuerung hat die Existenz- und Lebensmöglichkeit der Abhängigen immer mehr gelitten, sodaß logisch richtig auch in Dornbirn wie in anderen Orten und Städten Oesterreichs und in allen Kulturstaaten der Arbeiter um die Erhaltung seiner Existenz zu kämpfen beginnt. Die Industriellen Vorarlbergs, insbesondere die Dornbirner hatten goldene Zeiten, das beweist ihr an- wie aufgehäufter Reichtum, ihre Macht, ihr Besitz und nur die Arbeiter blieben das, was sie zu Anfang des 19. Jahrhunderts waren: Proletarier! . . .*<sup>5</sup>

In der Tat hatte die Stadt Dornbirn in diesen Jahren die Gemeindesteuern erhöht, was die Mietpreise beträchtlich verteuerte. Der Brotpreis lag 1910 bei 36 Heller/Laib bzw. Weggen. Die Stadtvertretung bedauerte, daß der Brotpreis trotz niedriger Mehlpreise nicht herunterging.<sup>6</sup> Im März desselben Jahres stieg auch der Zuckerpreis von 82 auf 88 Heller/Kilogramm. Am empfindlichsten spürten die Familien aber die steigenden Fleischpreise. Laut „Dornbirner Gemeindeblatt“ kostete das Kilogramm Ochsenfleisch zwischen 1,60 und 2,- Kr., Schweinefleisch 2,28 bis 2,40 Kr. und Kalbfleisch gar 2,60 Kronen.<sup>7</sup>

Über die Ursachen der fatalen Lohn-Preis-Spirale jener Zeit war man sich in der Politik nicht einig. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Vorarlberger Landtages verwies auf solche, die zum Teil außerhalb seines Wirkungsbereiches lagen, wie z. B. auf die Zollpolitik der Monarchie, den Einfluß der Kartelle und des Zwischenhandels, auf die Frachttarife, aber auch auf die geringe Produktion in Vorarlberg selbst.

Einen Ausweg aus der Fleischknappheit und den horrenden Preisen erhoffte man sich im Landtag kurzfristig vom Import serbischen, argentinischen und französischen Schlachtviehs. Man ersuchte daher die k. k. Regierung um die Bewilligung dieser Importe.<sup>8</sup>

Einer der Urheber der Landtagsdebatte über die Teuerung war der Dornbirner Maschinenfabrikant Ignaz Rüschi, der als Abgeordneter der Handels- und Gewerbekammer zusammen mit

seinem liberalen Parteifreund aus Bregenz, Dr. Kinz, die Eingabe vorgelegt hatte. Aufgrund der Lohnforderungen der Arbeiter in seinem Betrieb mußte er ein vitales Interesse haben, die Teuerung hintanzuhalten. Mit den Forderungen, welche der Christlichsoziale und Exponent der christlichen Arbeiterbewegung Dr. Karl Drexel erhob, nämlich jenen nach strengeren Kartellgesetzen und Preisregelungen, geriet Ignaz Rüscher als Freisinniger jedoch in die Zwickmühle. So wehrte er sich gegen die Anschauung Drexels, daß das Großkapital und die Hochfinanz an der Inflation schuld seien. Er vertrat die Ansicht, daß die Industrie „ohne Kartelle kaum möglich und haltbar sei.“<sup>9</sup> Das klerikale „Vorarlberger Volksblatt“ bediente sich antisemitischer Töne und beschuldigte den kapitalistischen jüdischen Handel, die Fleischteuerung zu verursachen:

*Und wer hat den Nutzen? Nur der mit dem Großkapital arbeitende Zwischenhandel. Solange man diesen nicht unschädlich macht, wird die Teuerung nicht gemildert, nicht beseitigt.*<sup>10</sup>

Die sozialdemokratische Erklärung der Teuerung kam in einer Debatte im Dornbirner Rathaus zum Ausdruck, wo Stadtvertreter G. A. Ertl „die Wucherinteressen einiger Tausender Feudaler und Großgrundbesitzer“ anklagte, aber auch die Zoll- und Handelspolitik, die nicht nur geeignet sei, „die Unterernährung des ärmeren Volkes zu steigern, wirtschaftliche Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu provozieren, sondern eine völlige Degenerierung aller unteren Volksschichten herbeizuführen.“<sup>11</sup>

## Löhne und Arbeitszeit der Metallarbeiter

Die wöchentlich ausbezahlten Löhne der Gießereiarbeiter bei Rüscher-Ganahl lagen zwischen 3,60 und 4,80 Kronen pro Tag, die von Hilfsarbeitern zwischen 3,20 und 3,40 Kronen pro Tag. Lediglich die Gießmeister wurden wie die technischen oder kaufmännischen Angestellten der Firma monatlich ausbezahlt und kamen auf 7 bis 8 Kronen pro Tag.<sup>12</sup>

Auf einer Frauenversammlung wurde übereinstimmend festgestellt, daß „eine Familie mit 3,40 Kronen pro Tag überhaupt nicht leben, höchstens elendiglich vegetieren könne.“<sup>13</sup> Manche Metzger in Dornbirn führten kein Kalbfleisch, „weil ihre Abnehmer nicht ihren ganzen Taglohn für ein Kilo Fleisch hinlegen konnten.“<sup>14</sup>

Die Lebensverhältnisse waren also drückend und vermutlich

Tageslohn eines  
Gießers für 1 kg  
Fleisch und  
11-Stunden-Tag  
in der Fabrik

auch verantwortlich dafür, daß zahlreiche Dornbirner in diesen Jahren auswanderten, vorwiegend in die USA. Davor warnten jedoch die Zeitungen, denn auch dort gab es Krisenerscheinungen.<sup>15</sup>

Der Umstand, daß trotz dieser Löhne eine Ernährung von Schwerarbeitern sichergestellt werden konnte, kann vermutlich auf die Tatsache zurückgeführt werden, daß viele Arbeiter noch kleinbäuerlichen Besitz hatten und nach Feierabend Feldarbeit leisteten. Auch der Fabriksherr Ignaz Rüschi hielt es für „wichtig, daß die besitzlose Industriebevölkerung Gelegenheit bekomme, sich landwirtschaftlich zu betätigen.“<sup>16</sup> Andererseits wird so erklärbar, warum den Arbeitern die Verkürzung der Arbeitszeit am Samstagnachmittag ein wichtiges Anliegen war. Im Jahre 1910 waren sie jedoch noch weit davon entfernt. Ihre Arbeit begann täglich um 6.30 Uhr früh, die Mittagspause betrug eine halbe Stunde, Arbeitsschluß war um 18 Uhr, auch samstags. Gearbeitet wurde also elf Stunden/Tag in Doppelschichten. Die Gießer wünschten den Arbeitsschluß am Samstag um 17 Uhr, am Vorabend hoher Festtage um 16 Uhr und zwar ohne Lohnabzug.<sup>17</sup>

Seit dem Hainfelder Programm 1889 hatten die Sozialdemokraten den Achtstundentag, und auch der Christlichsoziale Dr. Karl Drexel hatte 1907 als Abgeordneter im Reichsrat den Achtstundentag im Hüttenwesen und den zehnstündigen Maximalarbeitstag gefordert.<sup>18</sup> Manfred Scheuch behauptet, daß Vorarlberg mit der Einführung des Zehnstundentages ziemlich an letzter Stelle in Österreich stand.<sup>19</sup> Das erstaunt deshalb, weil schon 1890 in Dornbirn unter Arbeitern eine Broschüre über den Achtstundentag im Umlauf gewesen war.<sup>20</sup> Laut „Vorarlberger Wacht“ waren die Reformbestrebungen der Arbeiterschaft bei Rüschi-Ganahl gerechtfertigt, zumal

*... in den meisten Gießereibetrieben Österreichs, Deutschlands und der Schweiz sowie auch in Ungarn die Verhältnisse wesentlich günstiger sind und die Lebensmittelerhöhung in Dornbirn wie im Lande überhaupt wie ein drückender Alp auf den Ärmsten lastet.*<sup>21</sup>

## Soziale Sicherheit

Zwar existierten seit 1888 Gesetze, welche die Krankenversicherung und die Unfallversicherung betrafen, doch fehlte eine gesetzliche Altersvorsorge. 1890 hatte die Firma Rüschi einen

„Wohltätigkeitsfonds“ eingerichtet, dessen Zweck es war, alten und invaliden Arbeitern eine Unterstützung zu gewähren. Gegründet worden war der Fonds durch eine Spende des damaligen Firmeninhabers Karl Alfred Rüschi im Ausmaß von 1400 Kronen und mit Überschüssen aus der alten Fabrikskrankenkasse in Höhe von 600 Kronen, also auch aus Beiträgen der Arbeiter. Die Beschäftigten hatten monatlich 26 bzw. 36 Heller einbezahlt, dazu kamen Straf gelder, verfallene Lehrlingsprämien, sowie ein Teil der Beiträge zur Unfallversicherung.<sup>22</sup>

Als 1914 erstmals von einer völligen Betriebsstilllegung gesprochen wurde, fürchteten langjährige Betriebsangehörige um ihre Rechte, zumal den Arbeitern nicht einmal eine Abschrift des Statuts ausgehändigt wurde. Arbeitersekretär Anton Linder richtete ein Schreiben an die k. k. Bezirkshauptmannschaft Feldkirch, worin er eine Generalversammlung des Ausschusses verlangte. Auf dieser Versammlung kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen, weil der Vorsitzende Gebhard Feierle den Rechtsstandpunkt der Firma vertrat.<sup>23</sup> Aufgelöst wurde der „Wohltätigkeitsfonds“ erst im Frühjahr 1918.<sup>24</sup>

Streit um  
„Wohltätigkeits-  
fonds“ der Firma

## Veraltete Anlagen und Arbeitsunfälle

Ein Gießereibetrieb birgt aufgrund seiner besonderen Ausstattung und Arbeitsabläufe von vornherein mehr Unfallgefahren als Betriebe anderer Branchen. Die Gießerei der Firma Rüschi-Ganahl jedoch scheint besonders gefährlich gewesen zu sein, verfolgt man die Unfallberichte jener Jahre in der Presse. Ein Beispiel:

*Dem Maschinenformer Rudolf Herburger der Maschinenfabrik Rüschi-Ganahl passierte letzten Samstag bei der Arbeit ein schweres Unglück, das ihn auf Monate hinaus arbeitsunfähig macht. Aus dem Formkasten drang flüssiges Metall heraus und verletzte ihn außerordentlich schwer am Fuße. Zu bedauern wäre noch, daß für solche Unfälle die Firma nicht eingerichtet ist, da im Verbandskasten nur ein bißchen hierfür nicht passende Salbe vorhanden war.<sup>25</sup>*

Bereits einen Monat später war schon wieder die Rede von zwei Arbeitsunfällen in der Gießerei, wobei sich ein Arbeiter eine Handfläche schwer verbrannte.<sup>26</sup>

Ein langjähriger Betriebsangehöriger führte diese zahlreichen Unfälle in der Firma auf die niedrigen Löhne der Hilfsarbeiter und den damit zusammenhängenden häufigen Personalwechsel,

Zahlreiche  
Arbeitsunfälle in  
der Gießerei



Gußvorgang in der Alten Gießerei der Firma J. Ig. Rüschi um 1900. (Foto: Orell-Füssli-Verlag, Zürich).

auf den Staub, Rauch und den Gestank in der Gießerei und auf die veralteten technischen Anlagen zurück:

*Die Krähne sind nur langsam und schwerfällig fortzubewegen, deshalb kommt es vor, daß die Gießer oft stundenlang am Ausleertage auf die Benützung des Krahnens warten müssen. Hat nun einer nicht die Geduld, so lange zu warten oder es springt ein Meister in der Gießerei herum, dann leert er ohne Krahn aus und das Unglück ist dann leicht zu begreifen.<sup>27</sup>*

All diese Vorwürfe bezeichnete die Firma Rüschi-Ganahl als unrichtig und haltlos:

*Die Unfälle sind weder häufiger noch anderer Art, als diese in anderen auch moderner eingerichteten Gießereien vorkommen. Was die Krahn anbelangt, sind dieselben wohl nicht elektrisch betrieben, wie dies freilich besser und praktischer wäre, aber es sind gut gebaute und nicht alte Krahn für Handbetrieb. Die zwei letzten beschäftigungsarmen Jahre waren eben nicht einladend, bedeutende Neueinrichtungen zu schaffen, . . . da damit bauliche Aenderungen verbunden gewesen wären . . .<sup>28</sup>*

Die rückständigen innerbetrieblichen Verhältnisse und die Mißstände in der Ausstattung der Betriebsstätten schildert uns ein weiterer Bericht in der „Vorarlberger Wacht“:

*Denn eine Beleuchtung haben die Gießerei – eine wahre Pracht! Die meiste Zeit brennen die Bogenlampen – zwei an der Zahl – fünf Minuten, dann zehn Minuten lang nicht mehr. Ferner sind noch eine Anzahl kleiner Lampen an den Wänden herum, aber diese genügen trotzdem nicht. Dann kommt die dritte Sorte Prachtexemplare, von diesen hat jeder Gießerei eine; das sind die offenen Petroleumlampen, welche einen derartigen Rauch und Gestank verursachen, daß es im Winter unmöglich wäre, von der Früh 6 ½ Uhr an bis mittags in der Gießerei zu bleiben, ohne längere Zeit alle Türen aufzusperren. Diesem Uebel abzuweichen, wäre höchst notwendig. Nun kommt die Dampfheizung. . . Aber wie verhält es sich mit der Abführung des Dampfwassers. Dieses überläßt man dem Schicksal. . . Es müssen ja nur die Arbeiter drin herumpatschen.<sup>29</sup>*

Eine ähnliche „Betriebsführung“ aus polemischer Sicht verfaßte für die „Vorarlberger Wacht“ ein sozialdemokratischer Gewerkschafter. Zunächst kritisiert er die hohe Zahl an Bürokraten und den komplizierten Auszahlungsmodus der Löhne. Die „Beamten“, gemeint sind die Angestellten, waren in den Augen vieler Arbeiter Privilegierte. Sie bezogen eine Monatsgehalt zwischen 30 und 700 Kronen. Das technische Büro besaß 26, das kaufmännische Büro 10 und der Betrieb weitere 10 Angestellte.<sup>30</sup>

*Nun kommen wir zum Magazin: Dort hat es u. a. eine größere Anzahl von Nichtstuern und Denunzianten. Es ist schon öfters vorgekommen, daß, wenn irgendein Arbeiter Material braucht, hat man gesagt, es sei keines da. Wohl zum Nutzen der Firma? Gehen wir weiter in die Dreherei; dort hat man einen Meister – allerdings wird er nicht mit viel Lohn beansprucht haben – der besser in eine Schokoladenfabrik, aber nicht in eine Dreherei paßt. Jetzt wollte man diesen Künstler sogar ersetzen durch einen Magazinsarbeiter G. F. Als aber die Dreher ihr Handwerk nicht so heruntergesetzt wissen wollten, wurden sie ungeduldig und verlangten vom Chef, daß dieser Gernegroß abgesetzt werde, was auch geschah. Wie sieht es mit den Maschinen aus? Alles ist veraltet und rückständig bis zum höchsten Grade. Daher kommen auch die vielen Unfälle. Auch in der Modellschreinerei läßt sich vieles kritisieren. Hauptsächlich wäre eine Ventilation sehr notwendig. Von hier aus gehen wir in die Rohrerei; dort dürfte wohl manches verbessert werden. In erster Linie fehlt es an Beleuchtung, zweitens wurde den ganzen Winter nicht geheizt und drittens die übermäßig lange Arbeitszeit. . . Nun machen wir noch einen Sprung über den Hof in die Gießerei. Wenn es über den Hof geht, muß man springen, sonst bleibt man im Dreck*

stecken. Bevor ich in die Gießerei komme, muß ich noch den Abort erwähnen, denn es wäre schade, den nicht zu schildern. . . Zirka 60 Arbeiter benützen dieses Loch! Ein Abort für 60 Arbeiter ist unter aller Kritik. Hier findet man gerade das Gegenteil vom Zahntag; den Zahntag macht man so kompliziert, daß sich selbst die Beamten nicht auskennen, und den Abort so einfach wie nur etwas. Eine Stange und ein paar Bretter und der Abort ist fertig. Wenn es schneit und regnet, wird man naß und im Sommer kriechen 2 – 3 cm lange Würmer herum.

Jetzt komme ich in die Gießerei. Da wird wohl nicht viel zu kritisieren sein, dort zahlt man ja die höchsten Löhne von Dornbirn. Aber, lieber Leser, da ist noch viel faul im Staate Dänemark. Hier fungieren zwei Meister, die schon dafür sorgen, daß die Bäume der Gießer nicht in den Himmel wachsen. . . Seit drei Monaten wird im Akkord gearbeitet. Obwohl anfangs versprochen wurde, daß die Gießer 8 bis 9 Kr. verdienen sollen, ist es bis heute noch nicht eingetroffen, und wird auch nicht eintreffen, denn die Akkordpreise werden so gesetzt, daß man größtenteils kaum oder gar nicht auf seinen Taglohn kommt und wenn man reklamiert, dann sagt man kurzweg, man solle fleißiger arbeiten. Ja, was nützt alles fleißige Arbeiten, wenn die



Gießerei der Firma J. Ig. Rüschi um 1900 (erbaut 1858) mit Kran. Rechts hinten die Öfen. (Foto Orell-Füssli-Verlag, Zürich).

*Einrichtung nicht dazu da ist, um mit Vorteil arbeiten zu können . . .*<sup>31</sup>

Neben diesen Mißständen wurde immer wieder das Arbeitsklima angeprangert. Besonders aus der Gießerei drangen immer wieder Berichte über die Willkür der Meister und ihre Schikanen, die sie Lehrlingen auferlegten. Da ist die Rede von einem Meister, der Lehrlinge trotz abgeschlossenem gültigen Lehrvertrag einfach entließ, wenn sie ihm nicht „nach der Pfeife tanzten“<sup>32</sup>. Ein anderer wird in der „Wacht“ als „Prügelmeister“ bezeichnet:

*Dieser Herr besitzt anscheinend sehr freie Umgangsformen und eine besondere Lust, die Lehrlinge der Gießerei zu schikanieren. Wegen jeder Kleinigkeit werden die jungen Leute angeschnauzt, bedroht oder, wie es in der vergangenen Woche der Fall war, sogar mißhandelt. Ein Beispiel von der Roheit dieses Menschen zeigt der folgende Fall: Der Lehrling M. hatte eine Anordnung des Meister überhört; statt nun diese Anordnung zu wiederholen, wie es jeder vernünftige Mensch getan haben würde, hatte Schwalenberger nichts Eiligeres zu tun, als den Lehrling derart zu schlagen, sodaß derselbe durch längere Zeit bewußtlos liegenblieb und hernach ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte . . .*<sup>33</sup>

Solche offenen und persönlichen Anschuldigungen als „Erziehungsmittel“ wurden von der „Vorarlberger Wacht“ immer wieder eingesetzt. Diese bezeichnete das „Vorarlberger Volksblatt“, das Parteiblatt der Christlichsozialen, als „Straßenkot“ und „Gemeinheit“. In polemischer Weise verhöhnnte die Zeitung die Tatsache, daß die „Wacht“ den Arbeitern als Sprachrohr zur Verfügung stand:

*Erhält ein böswilliger Bub von einem älteren einmal ein paar Tüchtige heruntergemessen, so läuft er heulend zu seiner Mutter, um sich dort hinter der Schürze – in unserem Fall hinter dem Organ der Unzufriedenen – zu verkriechen und dort zu heulen!*<sup>34</sup>

## Die Vorgeschichte des Gießereistreiks

Bereits Anfang Juni 1910 hatten die Gießereiarbeiter der Firma Rüscher-Ganahl ein Memorandum beschlossen, welches Mindestlöhne von 34 bis 42 Heller/Stunde und eine Erhöhung derselben ab 1. März 1911 um 3 Heller, ab 1. März 1912 um 2 Heller vorschlug. An den Samstagen sollte Arbeitsschluß um 17 Uhr, an den Vorabenden hoher Festtage um 16 Uhr sein, ohne Lohnabzug. Davon nicht betroffene Arbeiter sollten eine

Kritik an veralteten Anlagen sowie an Meistern und ihren Umgangsformen

20prozentige Lohnaufbesserung erfahren. Die Akkordarbeit sollte abgeschafft werden und den Betroffenen ein Grundlohn von 48 Hellern zugesichert werden. Die letzten Punkte stellten lediglich eine vertragliche Festlegung ohnehin schon bestehender Regelungen dar.

Forderung der  
Arbeiter nach  
Lohnerhöhung und  
Arbeitszeitverkürzung

Nachdem die Arbeiterschaft am 23. Juni das Memorandum mit den Forderungen überreicht und um Bescheid bis 30. Juni gebeten hatte, ließ die Firma an diesem Tag mitteilen, daß infolge Abwesenheit des Herrn Chefs eine Erledigung nicht möglich sei. Anstatt nun, wie beabsichtigt war, am 2. Juli die Kündigung zu überreichen, beschlossen die Arbeiter auf Wunsch des sozialdemokratischen Arbeitersekretärs Ertl, noch acht Tage zu warten, um die Ankunft von Ignaz Rüsç abzuwarten. Erst am 9. Juli, nachdem die Arbeiter am 8. Juli die Kündigung beschlossen hatten, teilte die Firma mit, daß in den nächsten Tagen der Verwaltungsrat eine Sitzung abhalten müsse, doch erfolgte auch am 12. Juli, also drei Tage später, wieder keine bestimmte Auskunft.

Funktionäre der  
Arbeiter und  
Industriellen  
schalten sich ein;  
der Streik beginnt

In die Verhandlungen schalteten sich nun auch hohe Funktionäre ein: Zu Firmenchef Ignaz Rüsç gesellten sich Julius Rhomberg, der Obmann der Sektion Vorarlberg des Bundes österreichischer Industrieller, der Verbandssekretär der Metallarbeitergewerkschaft Johann Schorsch und am 23. Juli Dr. Kaiser, der Leiter der Hauptstelle des Österreichischen Industriellenbundes. Die letztgenannten waren aus Wien angereist, um sich mit der Situation zu beschäftigen. Es kam jedoch zu keiner Einigung, und so traten am Montag, dem 25. Juli, 38 Gießler in den Ausstand.

In einer „Mitteilung“ behauptete Gewerkschaftsführer Schorsch, daß die Verhandlungen kurz vor dem Ziel gescheitert seien, weil Herr Rüsç nicht für sämtliche Arbeiter eine Lohnaufbesserung bewilligt habe.<sup>35</sup> Rüsç brachte seine Version in einem Flugblatt zur Veröffentlichung, das unter der streikenden Arbeiterschaft in den ersten Augusttagen für große Aufregung sorgte.

### Das Flugblatt der Firma

Die Flugschrift vom 29. Juli mit dem Titel „Zur Aufklärung“ erschien in verschiedenen Tageszeitungen des Landes als Beilage und verfolgte das Ziel, den Standpunkt des Verwaltungsrates der Firma bekanntzumachen.

Darin wird u. a. auf die zweijährige schlechte Geschäftskonjunktur und auf die Rücksichtnahme gegenüber den Arbeitern hingewiesen. Die Arbeiterschaft habe vorschnell gekündigt, ohne die Antwort der Firma abzuwarten. Allerdings gibt die Firma darin zu, daß Schorsch die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegt hätte, wenn alle wieder eingestellt worden wären. Dies akzeptierte die Firmenleitung jedoch nicht, weil sie wegen der Kündigung bereits Gußaufträge nach auswärts vergeben habe. Die Gießler werden im Flugblatt beschuldigt, die Hochwasserkatastrophe in Vorarlberg für die Erzwingung von Lohnforderungen ausgenützt zu haben, die Streikposten würden sich einer Art Inquisition bedienen und man hetze auch die Frauen der Gießler auf. Ebenso werden die Arbeiter beschuldigt, sie hätten Beamte der Firma beleidigt und absichtlich „Koaksfeuer so entzündet, daß es überall geraucht und gestunken habe.“<sup>36</sup>

Die streikende Arbeiterschaft reagierte auf diese Flugschrift, indem sie die Gewerkschaftsorganisation einbezog und eine öffentliche Versammlung im Mohrensaal abhielt, bei der gegen 400 Personen anwesend waren. Zunächst wies Parteisekretär Ertl die im Flugblatt geäußerten Anschuldigungen zurück. Besonders kritisierte er das Argument der hohen Akkordlöhne, weil die Firma verschwiegen habe, daß ein so hoher Lohn nur bei 14 bis 15 Stunden täglicher Arbeitsleistung erreicht werden könne.

Gewerkschaftsführer Schorsch vom Zentralvorstand distanzierte sich ebenso vom Flugblatt in Form einer schriftlichen „Mitteilung“, die er auf der Versammlung vorlas. Darin heißt es unter anderem:

*Die Unternehmer lehnten die Forderung nach Abschließung eines Vertrages mit Hinweis auf ihr Prinzip ab, obwohl dieses schon bei den Brauereiarbeitern durchbrochen ist. Ich habe nun allgemeine Lohnaufbesserung und die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich verlangt. Die Unterhandlungen sind lediglich daran gescheitert, weil Herr Rüsich noch im letzten Moment erklärte, es könne für alle eine Lohnaufbesserung nicht bewilligt werden. Darauf habe ich die Erklärung abgegeben, daß unter solchen Umständen es unmöglich ist, die Arbeiter zur Zurücknahme der Kündigung zu veranlassen.*<sup>37</sup>

Die Flugschrift der Firma Rüsich-Ganahl war der amtlichen „Landeszeitung“, dem „Vorarlberger Volksblatt“, dem „Vorarlberger Volksfreund“ und dem „Dornbirner Gemeindeblatt“ beigelegt worden. Dieser Umstand schmerzte die streikenden Arbeiter besonders, sie werteten dies als „Schützenhilfe“:

Rechtfertigung der  
Firma und  
Vorwürfe  
gegenüber der  
Arbeiterschaft

Öffentliche  
Versammlung der  
Streikenden im  
Hotel Mohren

*„Hier kann man es greifen, nicht bloß sehen, wer die Interessen der Fabrikanten vertritt.“*

hieß es in der „Vorarlberger Wacht“.<sup>38</sup>

In der Stadtvertretersitzung vom 3. August in Dornbirn beklagte sich der Sozialdemokrat G. A. Rusch darüber, daß das „Dornbirner Gemeindeblatt“ im Interesse der Firma Rüscht-Ganahl mißbraucht worden sei. Bürgermeister Luger entgegnete, er habe die Aufnahme einer Beilage in das Gemeindeblatt abgelehnt, die Druckerei Feuerstein und die Verschleißer hätten die als „Privatsache Rüscht-Ganahl“ etikettierten Flugschriften weitergegeben.<sup>39</sup>

Daß die liberale Parteizeitung „Vorarlberger Volksfreund“, bei der Ignaz Rüscht später (1915–1918) selbst Schriftleiter war, das Flugblatt verbreitete, verwundert ebensowenig wie beim „Dornbirner Gemeindeblatt“, wenn man bedenkt, daß beide genannten Blätter von der den Liberalen nahestehenden Buchdruckerei Feuerstein hergestellt wurden. Beim Amtsblatt des Landes oder beim christlichsozialen „Vorarlberger Volksblatt“ dagegen wirft dies eine Licht auf die politische Haltung gegenüber diesem Arbeitskonflikt. Den Kampf gegen den Liberalismus führte das „Volksblatt“ immer dann nicht, wenn es in sein taktisches Konzept paßte. Daß sich die Christlichsozialen nicht für den Streik der Gießerei bei Rüscht-Ganahl erwärmen konnten, beweist auch der Umstand, daß das „Volksblatt“ praktisch nicht darüber berichtete. Offensichtlich hatten die Christlichsozialen bei den Metallarbeitern in Dornbirn wenig Einfluß. Die „Vorarlberger Wacht“ bezeichnete es als Tatsache, daß Dr. Karl Drexel, der Führer der christlichsozialen Arbeiterbewegung, dem Gießerei-Minikus verboten habe zu streiken.<sup>40</sup>

#### Das Flugblatt des Metallarbeiter-Verbandes

Am 4. August veröffentlichte die „Vorarlberger Wacht“ unter dem Titel „Zum Gießereistreik in Dornbirn“ eine umfangreiche Replique zum Flugblatt der Firma und berichtete ausführlich über die Versammlung in der Mohrenhalle. Die Ortsgruppe Dornbirn des Metallarbeiterverbandes reagierte ihrerseits mit einer Flugschrift unter dem Titel „Die Wahrheit über die Ursachen des Gießereiarbeiterstreiks in den Vereinigten Maschinenfabriken Rüscht-Ganahl A.-G.“, um die Darstellungen der Firma zu korrigieren, die geeignet waren, „die Arbeiter in der

Öffentlichkeit als die zweifelhaftesten Individuen erscheinen zu lassen.<sup>741</sup>

Der Hauptvorwurf in diesem Flugblatt betrifft den „Herrenstandpunkt“ der Arbeitgeberseite, der lautet: „Der Arbeiter hat kein Recht, bessere Lohn- und Arbeiterbedingungen zu fordern.“

## Streikbrecher und Streikposten

Als der Streik am 25. Juli begonnen hatte, waren lediglich vier Gießler, drei Buben und ein siebzjähriger Greis zur Arbeit erschienen. Als man in den nächsten Tagen in den Wirtshäusern erzählte, man habe dem siebzjährigen Gießler Feierle, dem „alten Ma“, ein Fenster in seiner Wohnung in der Schmelzhütterstraße zerschlagen, erklärten die streikenden Gießler, daß sie damit nichts zu tun hätten. Sie kreideten ihm allerdings an, daß er jahrelang aus dem Wohltätigkeitsfonds der Firma eine Rente bezogen habe, um sich nun plötzlich arbeitsfähig zu melden.

*Ob die Arbeitsfähigkeit ein Brieflein der Firma „in tausend Aengsten“ hervorzauberte oder ob er sich freiwillig als Arbeitswilliger meldete, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedoch die Arbeitswilligkeit hielt nicht lange an, das Streikbrechen ist eine saure Arbeit und letzten Donnerstag stellte er schon wieder die Arbeit ein, weil er zu dieser schweren Arbeit einfach nicht mehr taugt. Es ist traurig genug, daß ein Greis sich noch zum Streikbrecher hergibt und noch Streikende beschimpft, wie er dies Sonntag, den 31. Juli tat, als streikende Gießereiarbeiter das neue Schlachthaus besichtigten und zu anderen Leuten sagte: „Diese Esel (die Arbeiter) sollte man ins Schlachthaus führen.“<sup>742</sup>*

Einer, der ebenfalls nicht mitgemacht hatte, war ein Schweizer, namens Minikus, der den Christlichsozialen nahestand und von der „Wacht“ als „christlichsozialer Revolverheld“ in die Schlagzeilen gesetzt wurde:

*Anstatt zu kündigen, wie er sich ehrenwörtlich seinen Kollegen gegenüber . . . verpflichtete, wurde er zum Judas, besuchte abends Herrn Rüsich und denunzierte seine Mitkollegen. Aber damit noch nicht genug, er beeinflusste einen anderen Arbeiter, die Kündigung zurückzuziehen. . . Über diesen schändlichen Verrat zur Rede gestellt, maßte sich der christlichsoziale Streikbrecher noch an, die Kollegen in der gröblichsten Weise zu beschimpfen, was sich die Kollegen ernstlich verboten und ihn zur Gießerei hinauswiesen, da er auch einen Gießler tötlich beleidigt hatte. Nun zog der christliche Mordgeselle einen*

Streikbrecher werden in der sozialdemokratischen Presse gebrandmarkt, die Firma verteidigt diese

*Revolver und rief: „Jetzt rühre mich einer an!“ Dieser christlich-soziale „Ehrentmann“ hat also absichtlich den Revolver schon morgens in die Tasche geschoben; er war sich seiner Schandtaten bewußt und wollte durch Blutvergießen dies noch bekräftigen.<sup>43</sup>*

Die Firma nahm den Gießler Minikus in ihrem Flugblatt in Schutz und gab an, den Mann sofort nach dem Vorfall zur Rechenschaft gezogen zu haben. Er habe sich damit gerechtfertigt, daß er von den organisierten Arbeitern stets bedroht worden sei und die Waffe zur Verteidigung eingesteckt habe:

*Erst als er am Halse gepackt wurde, machte er von seiner Waffe Gebrauch, die übrigens nach genauer Untersuchung als absolut ungefährlich und ungeladen befunden wurde. Minikus benutzte also die Waffe nur als Schreckmittel, nicht aber als Angriffswaffe.<sup>44</sup>*

Solidarität und Geschlossenheit war für die Gießler von entscheidender Bedeutung, wollten sie erreichen, daß die Gießerei stillstand. Wie sehr sich die Streikenden betroffen zeigten vom Verrat einzelner Kollegen, zeigt der Umstand, daß jede Beobachtung, jeder Name, häufig aber schon allein der Verdacht in der Arbeiterpresse ihren Niederschlag fand. So ist auch der Vorwurf zu verstehen, nur moralisch Unqualifizierte beteiligten sich nicht am Streik.

*Früher hatte man immer Anstoß genommen, wenn einer oder der andere sich verfehlt hatte, heute aber, wo die in großer Verlegenheit befindliche Firma Rausreißer braucht, so fragt man nicht mehr danach, in welchem Quantum der Alkohol hineingeschmuggelt wird. Schon des öfteren sah man wackelige Gestalten aus der Gießerei hinein- und heraushuschen. Und gerade der letzte Unfall in der Gießerei, bei dem der Streikbrecher Pfanner, der ja den Brauereiarbeitern im Mohren von seiner Nüchternheit her gut bekannt ist, betroffen wurde, bezeugt, wie notwendig es ist, auf solche Rausreißer sein Augenmerk zu richten.<sup>45</sup>*

Nach Beginn des Ausstandes waren von den Arbeitern Streikposten vor den Werkstoren aufgestellt worden, die versuchten, andere Arbeiter von der Tätigkeit abzuhalten. Ignaz Rüschi beklagte sich in einem Schreiben an den Statthaltereirat, daß die Arbeitswilligen von Streikposten „verhöhnt und beschimpft“ würden und er wollte wissen, „ob es nicht doch gesetzliche Mittel und Wege gibt, um dieses terroristische Vorgehen zu verhindern.“<sup>46</sup>

Fünf Tage später berichtete Ignaz Rüschi in einem Brief an die Bezirkshauptmannschaft in Feldkirch von Gewaltanwendung der Streikposten und bat um behördlichen Schutz.<sup>47</sup> Tags darauf

drängte er dieselbe Behörde nochmals, gegen die „auf 8 Mann verstärkten Strikeposten“ einzuschreiten und drohte mit der Schließung der Fabrik. Am 4. August meldete die „Vorarlberger Wacht“, daß sich nicht nur die Gendarmerie um die Strikeposten kümmere, sondern daß auch zwei Gemeindepolizisten den ganzen Tag vor der Fabrik auf- und abpatrouillierten.<sup>48</sup>

Scharf griff das Organ der Sozialdemokraten die Dornbirner Gemeindepolitiker wegen des Polizeieinsatzes an, verbittert darüber, daß die Christlichsozialen, welche erst seit Frühjahr 1910 den Bürgermeister stellten, den Fabrikanten Unterstützung gewährten:

*Mit welchem Rechte und aus welchem Grund stellt Herr Bürgermeister Luger der Firma zwei Polizisten tageweise zur Verfügung? Wer bezahlt die Polizei? Rüscher-Ganahl oder die Steuerträger? Ist die klerikale Gemeindevertretung den liberalen Fabrikanten tributpflichtig? Ist das die christlichsoziale Neutralität?*<sup>49</sup>

Am 3. August gelangte dieser Vorwurf auch in die Gemeindevertreterversammlung, wo sich G. A. Rusch darüber beschwerte, daß seit einigen Tagen „Polizeidiener Strikeposten stehen“. Es ginge nicht an, die Strikeposten unter Polizeiaufsicht zu stellen, ehe nicht begründete Klagen vorlägen.

Bürgermeister Luger erklärte darauf, er sei um Polizeischutz angesprochen worden. Einem Arbeiter wären die Fenster eingeworfen, einem anderen ein Brunnentrog zerstört worden. Stadtrat Gustav Rhomberg erklärte, das Polizeiaufgebot richte sich nicht gegen die Arbeiter, sondern „auf die Aufrechterhaltung der Ordnung.“<sup>50</sup>

Darauf, daß die Strikeposten lediglich von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch gemacht hatten, deutet auch hin, daß das Landesgendarmeriekommando Ende August dem Statthaltereierrat mitteilte, daß die Streiklage ruhig sei. Der Kommandant hatte sich an Ort und Stelle davon überzeugt:

*Ich fand alles ruhig, es streikten noch immer 38 Metallarbeiter, diese gaben bis jetzt nur ganz anfänglich dem Posten Anlaß zu 11 Anzeigen, sind ganz ruhig, unterhalten nur harmlose Strikeposten, was man ihnen trotz Geschrei von Zeitungen und Fabrikanten in einem Rechtsstaat kaum wird verbieten können, solange selbe nicht gewalttätig auftreten.*<sup>51</sup>

Drohungen von Strikeposten gegen Streikbrecher wurden offensichtlich sofort dem Staatsanwalt Hannesler gemeldet. Ein Drohender konnte nach den Bestimmungen des Koalitionsgesetzes bis zu acht Tage inhaftiert werden.<sup>52</sup> Nur weil die Frau eines streikenden Gießers einem Arbeitswilligen das Wort „Streikbre-

Ignaz Rüscher appelliert an Behörden, gegen Strikeposten vorzugehen

Debatte in der Gemeindevertretung über den Einsatz der Polizei gegen Strikeposten

cher" nachgerufen hatte, wurde sie deswegen angeblich bei der Gendarmerie angezeigt.<sup>53</sup>

Anwerben  
auswärtiger Gießler

Eine Maßnahme der Arbeitgeber, die ebenfalls Empörung bei den Streikenden auslöste, war das Anwerben betriebsfremder Gießereiarbeiter. Im Anzeigenteil des freisinnigen „Vorarlberger Volksfreundes“ vom 26. Juli stand folgendes zu lesen:<sup>54</sup>

#### GIESSEREI-ARBEITER

womöglich nicht organisiert, Former, Maschinenformer, Kernmacher, Ofen- und Hilfsarbeiter finden sofort bei gutem Lohne dauernde Beschäftigung bei

Vereinigte Maschinenfabriken Rüscher-Ganahl Aktiengesellschaft, Dornbirn

Pressefehde  
zwischen „Wacht“  
und „Volksfreund“

Diese Anzeige löste sogleich eine Pressefehde zwischen der sozialdemokratischen „Wacht“ und dem liberalen „Volksfreund“ aus, die stark ideologisch geprägt war. Die „Wacht“ bedauerte, daß es sogar unter den Gießlern Abonnenten des „Volksfreundes“ gebe, obwohl dieses Blatt im Inseratenteil Streikbrecher suche.

. . . Im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit muß der „Volksfreund“ den Vorarlberger Fabrikanten helfen. Der Antiklerikalismus ist zum Teufel gegangen, die Kapitalhörigkeit und Freundschaft ist geblieben. Werden die Arbeiter Vorarlbergs hieraus eine Lehre ziehen? Ob sie weiter eine Zeitung abonnieren werden, die ihnen ins Gesicht schlägt?“<sup>55</sup>

Der „Vorarlberger Volksfreund“, der von liberalen Parteifreunden, von denen Ignaz Rüscher sicherlich einer war, unterstützt und am Leben erhalten wurde, verteidigte sich gelassen gegen diese Vorwürfe:

*Des Volksfreundes Beruf ist der Klassenkampf nicht; weder nach der einen, noch nach der anderen Seite. Wie wir es uns nicht verbieten ließen, ausgesperrte Arbeiter in unserem Blatte Arbeit suchen zu lassen, ebensowenig werden wir einem boykottierten Betriebe, der Arbeiter sucht, unsere Spalten verschließen. Ob das nun die „Wacht“ auf der hohen Warte zukunftsstaatlicher Freiheit einsieht oder nicht!*<sup>56</sup>

Diesen Anspruch der Unparteilichkeit, der in diesem Artikel anklingt, versuchte die „Wacht“ in der folgenden Nummer als klare Parteinahme für die Firma Rüscher-Ganahl zu entlarven, wobei auch auf die deutschnationale Gesinnung der Liberalen angespielt wurde:

*Es ist doch einleuchtend, daß im wirtschaftlichen Kampfe der Unternehmer immer der Vielzahl der Arbeiter überlegen ist, da der erstere über die Macht, die Arbeitsmittel, das Kapital, die*



Arbeiter der Werkstätte Rüscht-Ganahl im Jahre 1909. (Foto im Besitz des Verfassers).

*Behörde verfügt, während die Arbeiter nur ihre Arbeitskraft besitzen. Wir verargen dem „Volksfreunde“ die Aufnahme solcher Inserate nicht im mindesten, wir sehen ein, daß er Inserate seiner Parteigenossen nicht gut ablehnen kann, aber der deutsche Arbeiter zieht eben daraus seine Konsequenzen, er wird, ja er muß Anhänger des Klassenkampfes werden; die Unternehmer treiben die Arbeiter direkt ins Lager der Sozialdemokratie. Uns kann die Scheidung der Geister nur recht sein; je eher, desto besser!*<sup>57</sup>

Nach drei Wochen Streik kam es wieder zu mehreren Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern, ohne daß jedoch eine Einigung erzielt werden konnte. Immerhin gaben beide Seiten etwas nach. Die Arbeiter wollten sich mit einer 15prozentigen Lohnerhöhung zufrieden geben. Die Firma war bereit, vorerst zehn Prozent und bei „anhaltender guter Conjunktur“ weitere fünf Prozent in Aussicht zu stellen. Ignaz Rüscht offerierte jedoch nur „die Wiederaufnahme von 20 namhaft gemachten Arbeitern“.<sup>58</sup> Dies hätte aber nun bedeutet, daß 18 Arbeiter, darunter auch solche, die weit über zehn Jahre in der Firma waren, entlassen worden wären. Es kann mit großer Sicherheit angenommen werden, daß vor allem Sozialdemokraten und Aktivisten der Streikbewegung davon betroffen gewesen wären.

Verhandlungen  
scheitern an  
fehlender  
Bereitschaft, alle  
Streikenden wieder  
einzustellen

Dies gab Ignaz Rüsçh in einem Schreiben an die Bezirkshauptmannschaft zu verstehen.

*Wir . . . sind . . . gezwungen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung diejenigen Leute nicht mehr aufzunehmen, welche erwiesener Massen die Aufwiegler der ruhigen Arbeiter waren.*<sup>59</sup>

Hingegen forderten die Streikenden die Entlassung der Streikbrecher. An diesem Punkt spießten sich also die Verhandlungen. Ignaz Rüsçh wollte das Prinzip nicht akzeptieren, daß Arbeiter darüber mitbestimmen können, wer eingestellt bzw. entlassen wird. Rüschs Angebot war für die Gießler unannehmbar, war doch die Solidarität ihr wichtigster Trumpf.

Auch die Anwerbung auswärtiger Gießereiarbeiter wurde bei den Verhandlungen als rhetorisches Druckmittel eingesetzt. In den Augen der Arbeiterschaft war dies nur ein taktischer Versuch, die Streikenden in die Knie zu zwingen:

*Erst wollte Herr Rüsçh von den Ausständigen 15 Mann wieder einstellen, da in Wien sich mehr als 100 Arbeitswillige gemeldet hätten, von denen 15, dann hieß es wieder 7 Mann bereits eingestellt seien. Sehen hat sich von diesen Arbeitswilligen keiner lassen. Die Wiener Arbeitswilligen scheinen eine Ahnung zu haben, was die Firma veranlaßte, 22 von den Ausständigen wieder einzustellen und 11 der Ausständigen als Geißel zu behandeln. Die Arbeiter verstanden es sehr wohl, den feinen Plan der Firma zu durchschauen und erklärten einmütig – bei geheimer Abstimmung – einer für alle und alle für einen einzustehen.*<sup>60</sup>

Erfolgreiche  
Tätigkeit der  
Streikposten und  
Maßnahmen der  
Behörden

Ignaz Rüsçh mußte in einem Schreiben an den Dornbirner Stadtrat eingestehen, es sei den Streikposten „bereits gelungen, seit der Dauer des Strikes 33 . . . in der Gießerei Arbeit suchende Leute von der Aufnahme der Arbeit abzuhalten.“

Unter der Drohung, sämtliche Werkstätten zu schließen und 200 Arbeiter zu entlassen, bat er den Stadtrat um Polizeischutz für eine „größere Anzahl qualifizierter (nicht organisierter) Gieserei-Arbeiter aus Wien“, und zwar vom Bahnhof bis zur Schul- und Jahngasse.<sup>61</sup> Voller Stolz meldete die „Wacht“ den Mißerfolg dieser Aktion:

*Mit allen Vorspiegelungen der Unlauterkeit bemühte sich die Firma, Wiener Arbeiter hierherzulocken, indem sie Löhne von 36 bis 40 Kronen die Woche verspricht; fingierte Listen von Arbeitern, die in Dornbirn ihr Glück gefunden haben sollen, werden vorgezeigt, und damit die Arbeiter ja nicht ahnen sollen, daß ein Streik ist, wird Betriebsvergrößerung vorgeschützt. Zum Glück waren es keine Verräter, die sich in Wien haben eingefangen*

lassen, es waren organisierte Arbeiter, die, als sie in Dornbirn ankamen und erfuhren, um was es sich handle, mit Entrüstung die Zumutung der Firma zurückwiesen.<sup>62</sup>

Den Erfolg der Streikposten beklagte Ignaz Rüscher am 20. August bei der Bezirkshauptmannschaft. Sie hätten bereits 40 Arbeitswillige abgehalten, darunter vier Gießler aus Wien, für deren Reisekosten er nun aufkommen müsse.<sup>63</sup>

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft lehnte ein generelles Verbot von Streikposten ab, und zwar ganz einfach deshalb, weil es undurchführbar war. Lediglich für besondere Gelegenheiten, wozu auch die Ankunft Arbeitswilliger zählte, sagte der Bezirkshauptmann behördlichen Schutz zu.<sup>64</sup> Der Schriftverkehr zeigt jedoch, daß sich die Behörden vorerst nur zögernd in den Konflikt einmischten.

Die Suche nach Arbeitswilligen durch Firmenangehörige einerseits und die Verhinderung durch Gewerkschafter andererseits gestaltete sich offenbar gelegentlich zu einer kriminalistischen Verfolgungsjagd. Als der Gießlermeister Metzler der Firma Rüscher-Ganahl im August in Konstanz Arbeiter anwerben wollte, war ihm Gewerkschaftssekretär Schorsch auf den Fersen und verhinderte diese Tat.<sup>65</sup> Auch aus Winterthur in der Schweiz reisten ein Gießler und ein Hilfsarbeiter an, meldeten sich beim städtischen Arbeitsamt in Dornbirn und wurden prompt an die Firma Rüscher-Ganahl vermittelt. Erst durch die Streikposten erfuhren die beiden von den Vorgängen, und so seien sie wieder abgezogen. Dies berichtete die „Wacht“ und übte heftige Kritik am städtischen Arbeitsamt:

*Das allermindeste, was man von dem neutralen städtischen Arbeitsamt fordern kann, ist, daß es Arbeiter, die anfragen, darauf aufmerksam macht, daß gestreikt wird, wenn es nicht so weit gehen will, daß es seine Tätigkeit bei solchen Geschäften, wo Lohnbewegungen v. sind, einstellt. Oder will auch das städtische Arbeitsamt der Firma Rüscher-Ganahl helfen? Wir wünschen, daß Herr Bürgermeister Luger hier Remedur schafft.*<sup>66</sup>

Kritik an fehlender Neutralität des städtischen Arbeitsamtes

## Arbeitsverlagerung ins Ausland

Nach einigen Wochen anhaltenden Streiks geriet die Firma Rüscher-Ganahl in ernste Schwierigkeiten, da sie Gußaufträge nicht mehr erledigen konnte. Die an das Unternehmen angeschlossene Gießerei in Frastanz, die den Betrieb nach dem

Hochwasser wieder aufgenommen hatte, konnte nur kleinere Arbeiten durchführen und blieb für den Streik ohne Belang.<sup>67</sup> Am 25. August tauchte in der „Wacht“ erstmals der Vorwurf von Arbeiterseite auf, die bestreikte Firma vergebe Aufträge an auswärtige Gießereien:

*Ganze Wagenladungen Modelle versucht die Firma in auswärtigen Gießereien herstellen zu lassen und um sicher zu sein, daß es die Streikenden nicht erfahren, wird bei Nacht und Nebel eingespannt.*<sup>68</sup>

Solche Vorgänge ließen sich einer kämpferischen Arbeiterschaft gegenüber nicht verheimlichen. Das sozialdemokratische Blatt wollte erfahren haben, daß nach Jenbach in Tirol, nach Ravensburg in Deutschland, ja sogar bis nach Berlin Gußaufträge der Firma Rüscht-Ganahl vergeben worden waren.<sup>69</sup>

Ignaz Rüscht beschwerte sich bei der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch, daß die Streikposten den Modellsendungen auf große Strecken nachreisten, um die betreffenden Gießereien an der Lieferung von Rohguß zu hindern.<sup>70</sup> Den Streikenden war es tatsächlich gelungen, einen gedeckten Waggon mit Gußware am Dornbirner Bahnhof auszumachen und dessen Herkunft zu klären. Dabei stellte sich folgendes heraus: Die Firma Rüscht-Ganahl hatte ihre Aufträge u. a. an die Schweizer Weltfirma Escher & Wyss erteilt. Diese wiederum hatte die Arbeiten an kleinere Gießereien delegiert, im konkreten Fall an die Firma F. X. Hohner in Ravensburg. Dort hatte man nicht gewußt, daß man damit einer Firma gegen streikende Arbeiter Hilfe gewährte. Als jedoch der Fabrikherr in Ravensburg von Rüscht-Arbeitern aufgeklärt wurde, wollte er die „Streikarbeit“ zurück-schicken, weil er mit den Arbeitern seinen Firma Ruhe und Frieden wahren wollte. Diese hatten bereits eine Versammlung abgehalten und sich solidarisch mit den Dornbirner Gießern erklärt. Ähnlich muß es auch in einer Gießerei in Rorschach zugegangen sein.<sup>71</sup>

Daraus wird ersichtlich, wie erbittert auf beiden Seiten gekämpft und welcher Aufwand betrieben wurde. Der Rohguß aus dem Ausland und die Transportkosten mußten die geringen Lohnerhöhungen, welche die Arbeiter gefordert hatten, weit übersteigen. Es ging in diesem Streik also tatsächlich um die Machtfrage und um Prinzipien. Die „Wacht“ erhob daher nicht zu Unrecht den Vorwurf, daß der den Arbeitern so oft vorgehaltene Konkurrenzdruck absurd erscheine:

*Also wenn sich die Angaben der Firma Hohner bestätigen, so steht die Firma Rüscht-Ganahl in engster Beziehung zu einer*

Die Firma vergibt  
Gußaufträge ins  
Ausland, streikende  
Gießerei decken diese  
Vorgänge auf

Solidarität der  
Gießerei in  
Ravensburg und  
Rorschach

*Konkurrenzfirma; da soll aber nochmals einer kommen, die Firma leide so arg an Konkurrenz! Dies und das mußten die Gießler bei einer Lohnforderung immer hören. Eine Konkurrenzfirma aber bei einem Streik als Rausreißer zu benützen, das ist doch wirklich stark. Würde man die Einrichtung der Gießerei . . . ein klein wenig der Neuzeit anpassen, sowie der gesamten Arbeiterschaft in der Lohnfrage etwas auf die Beine helfen, dann wäre ein solcher Betrieb der Konkurrenz gegenüber schon etwas besser gestellt.*<sup>72</sup>

### Die Rolle der Industriellenorganisation

Am 24. Oktober 1903 hatte die Sektion Vorarlberg des Bundes Österreichischer Industrieller ihre Gründungsversammlung abgehalten. Ignaz Rüscher war zunächst zum Obmann gewählt worden, drei Jahre später übernahm jedoch der Dornbirner Textilfabrikant Julius Rhomberg diese Rolle, und dieser blieb 20 Jahre der Exponent der Vorarlberger Industrie.<sup>73</sup>

Die Landesektion entwickelte sich unter seiner Führung zu einer schlagkräftigen Organisation, die vor allem bei Lohnverhandlungen in Erscheinung trat und erheblichen Einfluß auf die Arbeitgeber ausübte.<sup>74</sup>

Julius Rhomberg machte sich durch seine harte und unnachgiebige Haltung bei Lohnfragen keine Freunde in der Arbeiterschaft. Sogar der Firmengeschichtsschreiber Hans Nägele gibt dieses Faktum indirekt zu:

*Daß er für seinen Betrieb wie auch für den von ihm geführten Industriellenverband bei den unzähligen Verhandlungen den Unternehmerstandpunkt wiederholt mehr vertrat, als den Arbeitern lieb war, wird ihm über das Grab hinaus kein Arbeitnehmer mehr verargen. Sein Temperament konnte wohl dann und wann die vorhandenen Gegensätze vorübergehend verschärfen . . .*<sup>75</sup>

Die Sozialdemokraten sahen in ihm den „Scharfmacher“ und Vertreter des „Herrenstandpunktes“ schlechthin.<sup>76</sup> Bei den Verhandlungen im Gießlerstreik bei Rüscher-Ganahl soll er unter anderem gesagt haben:

*Eher geht mein Körper in Kohlensäure über, als wir mit Arbeitern Verträge schließen, das heißt den Arbeitern ein Recht geben, im Arbeitsvertrag mitzusprechen.*<sup>77</sup>

Genau diese Haltung aber war im Falle Rüscher-Ganahl ein wichtiger Grund, weshalb der Streik weiter andauerte.

Als in der Weberei seines Unternehmens (Herrburger & Rhom-

Ignaz Rüscher und Julius Rhomberg als Obmänner des Vorarlberger Industriellenbundes

Geheime „schwarze  
Listen“ mit den  
Namen der  
Streikenden

berg) Geldbeträge zugunsten der bei Rüscht-Ganahl streikenden Gießler gesammelt wurden und die Sammelisten Julius Rhomberg in die Hände fielen, ließ er an den Fabrikstoren einen Anschlag anbringen, der den Webern das Sammeln verbot. Die Solidarität vermochte er allerdings dadurch nicht zu brechen.<sup>78</sup>

Eine in den Augen der streikenden Arbeiter zutiefst verwerfliche und unmoralische Tat war jedoch die Erstellung sogenannter „schwarzer Listen“, in denen Streikende namentlich aufgeführt waren und welche die Industriellenorganisation an ihre Mitgliedsbetriebe sandte. Jeder Unternehmer, der dem Industriellenbund angehörte, mußte sich verpflichten, 100 Kronen Strafgeld zu bezahlen, wenn er einen „Streiksünder“ von dieser Liste in Arbeit nahm. So erklärt sich die Tatsache, daß streikende Gießler auch Jahre nach dem Streik in Färbereien oder Ziegelhütten sofort nach der Einstellung wieder entlassen wurden.<sup>79</sup> Selbst ins Ausland verfolgte sie ihr „Ruf“:

*Wo die Gießler hinkommen, werden sie nicht eingestellt, weil sie auf der schwarzen Liste stehen, wie sich zwei Arbeiter in Steckborn und in Winterthur selbst überzeugen konnten.*<sup>80</sup>

Diese Listen hatten ihre Wirkung also voll entfaltet und verbitterten die Arbeiterschaft noch Jahre danach. Aufgedeckt wurden die Repressionen erst drei Jahre nach dem Gießlerstreik, als diese Listen in die Hände der „Vorarlberger Wacht“ gespielt wurden. Die sogenannten „Geheimzirkulare“ der Sektion Vorarlberg des österreichischen Industriellenverbandes belegen die Unerbittlichkeit der damaligen Lohnkämpfe:<sup>81</sup>

*Dornbirn, 20. September 1910*

*Geehrte Firma!*

*Die Mitgliedsfirma Vereinigte Maschinenfabriken Rüscht-Ganahl A.-G. in Dornbirn, welche bei den in ihrem Gießereibetriebe entstandenen Arbeiterdifferenzen, die am 23. Juli d. J. zum Ausstande der Gießler führten, sich von Anbeginn an der Vermittlung der Arbeitgeber-Organisation unserer Sektion bedient hat, ließ uns unterm 16. d. M. folgendes Schreiben zukommen:*

*„Anbei beehren wir uns, Ihnen nochmals eine Liste aller jener Arbeiter zu übersenden, welche bei uns in den Ausstand getreten sind. Wir tun dies mit dem Ersuchen, diese Liste nochmals unter allen Verbandsmitgliedern zirkulieren zu lassen, speziell auch an die befreundeten Vereinigungen des Auslandes, hauptsächlich der Schweiz und Süddeutschlands, da uns gesagt wurde, die bei*

uns in Ausstand getretenen Arbeiter versuchten nun womöglich anderwärts Arbeit zu bekommen. Es würden dann nur noch wenige und schlecht qualifizierte Leute hier bleiben, um den Dienst als Streikposten zu versehen, und damit würde dann zweifellos die Möglichkeit noch größer, den Streik auf ganz unbestimmte Zeit auszudehnen.

Nachdem wir nun in dieser Streikangelegenheit einen für uns sehr kostspieligen Kampf auszufechten haben, der allen andern Industriellen zugute kommt, müssen wir uns mit aller Sicherheit darauf verlassen können, daß uns unsere Standesgenossen durch Nichtanstellung der genannten Arbeiter ebenso schützen, als sich die Arbeiter solidarisch erklären und jeden Zuzug verhindern."

Hochachtungsvoll

Sektion Vorarlberg des Bundes österr. Industrieller.

Der Kassier: Der Obmann: Der Referent:  
Martin Hämmerle. Julius Rhomberg. Dr. Karrer

Erheblicher Druck ging vom gesamtösterreichischen Industrielerverband aus, dies belegt ein ähnliches Geheimpapier, das im Jahre 1910 der Wiener „Arbeiterzeitung“ zugespielt worden war.<sup>82</sup>

Streng vertraulich!

Unter Verschuß zu halten!

Die Ausschußsitzung vom 15. November hat folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß findet es für wünschenswert, daß gerichtlich wegen Übertretung des Koalitionsgesetzes oder wegen sonst eines Delikts aus dem Arbeitsverhältnis verurteilte Arbeiter unter ausdrücklichem Hinweis auf diese Verurteilung von dem Arbeitgeber gekündigt, bzw. entlassen werden sollen. Diese Arbeiter sollen auch in den Listen der Verbände, sofern solche Listen bestehen, evident geführt werden. Über die Möglichkeit der Wiederaufnahme kann ein Beschluß der betreff. Arbeiterorganisation entscheiden . . .

Hauptstelle industrieller Arbeitgeberorganisationen:

Der Präsident:  
Fritz Hamburger

Der erste Sekretär:  
Dr. Max Kaiser

Mitunterzeichner dieses Dokuments war Verbandssekretär Dr. Max Kaiser, der an den Lohnverhandlungen bei Rüsich-Ganahl beteiligt gewesen war. In der Arbeiterpresse Tirols und Vorarlbergs wurde höhnisch bemerkt, daß es bezeichnend sei, daß „die

Dornbirner Fabrikanten als freisinnige Rassenantisemiten sich eines jüdischen Scharfmachers" bedienten, „um die Arbeiter fühlen zu lassen, daß . . . sie als Fabriksangehörige zu kuschen haben . . .“<sup>83</sup>

Ein weiteres Schriftstück des Industriellenverbandes an die Behörde berichtet vom Fall eines oberösterreichischen Sensenwerkes, wo der Statthalter mit Berufung auf § 7 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 jede Ansammlung von streikenden Arbeitern untersagt hatte.<sup>84</sup> Dieser Präzedenzfall wäre der Industriellenorganisation sehr gelegen gekommen, doch sahen sich die Behörden unseres Landes nicht in der Lage, diese Verordnung zu exekutieren.<sup>85</sup> Überhaupt ließ sich der Bezirkshauptmann in Feldkirch von der Industriellenorganisation wenig beeindrucken:

*Von einem „Terrorismus“ der Streikenden gegenüber den Arbeitenden zu sprechen, wie es Rüsich und Ganahl tut, heißt das wahre Bild der ganzen Situation verzerren . . . Der Streik nahm einen ungewöhnlich ruhigen Verlauf.<sup>86</sup>*

Am 30. August wurde jedoch der k. k. Statthalter in Innsbruck mit einer Intervention des Industriellenbundes beim Innenministerium in Wien konfrontiert und damit gezwungen, schärfer gegen die Streikenden einzuschreiten. Der Statthalter wies darauf die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Feldkirch an, „alle Vorkehrungen zur Verhinderung terroristischen Vorgehens zu treffen.“<sup>87</sup>

## Die Beendigung des Streiks

Mit der Aufdeckung internationaler Arbeitsverlagerung war der Arbeiterschaft offenbar ein entscheidender Schlag gelungen, denn eine Woche später rückten die Arbeitgeber von ihrer harten Verhandlungslinie ab. Nachdem am 12. Oktober in einer Versammlung auch die Schlosser und Dreher der Firma den Wunsch nach einem Arbeitsfrieden bei den Gießern geäußert hatten und auch die Gießler gewisse Zugeständnisse machten, kam es nach 91 Streiktagen, also nach 13 Wochen, endlich zu einer Einigung. Zwar erhielten die Gießler vorerst nur 10 % Lohnerhöhung mit der Zusage weiterer 5 % bei guter Geschäftslage, den Wochenlohn als Vorschuß und Verbesserungen hinsichtlich Heizung und Lüftung in der Gießerei.<sup>88</sup> Immerhin wurde aber ihre wichtigste Forderung nach der Wiedereinstellung sämtlicher Gießler erfüllt, soweit sie in Dornbirn geblieben waren.<sup>89</sup> Die Spaltung in

„Aufwiegler“ und „Ruhige“ war den Arbeitgebern also nicht gelungen. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit am 24. Oktober fand eine der längsten und härtesten Auseinandersetzungen dieser Art in Vorarlberg ihr vorläufiges Ende; vorläufiges deshalb, weil der Streik noch ein gerichtliches Nachspiel haben sollte.

### Der Ehrenbeleidigungsprozeß der „Streikbrecher“

Neben ihren Angriffen gegen die Fabrikanten hatte die sozialdemokratische „Vorarlberger Wacht“ auch ein Kreuzfeuer gegen jene Arbeiter eröffnet, die von ihrem Standpunkt aus Wortbruch und Verrat an ihren Kollegen begangen hatten. Sie wurden in der Zeitung namentlich beschuldigt, worauf diese einen Anwalt zu Rate zogen und bei Gericht eine Klage einbrachten. Die inkriminierte Textstelle lautete:

*Es hat eben fast jeder Arbeiter mehr Charakter, mehr Ehrgefühl im Leibe als ein Minikus, Waibel, Feierle, Wilburger und der Gießermeister Metzler und der Frastanzer Gießermeister, es will eben ein zureisender Arbeiter nicht ein Verräter seiner kämpfenden Kollegen sein, nicht jeder will sich selbst zum Lumpen stempeln . . .*<sup>90</sup>

Weil Hermann Leibfried, der Redakteur, sich zu dieser Stelle bekannte, kam die „Beleidigung“ vor das Schwurgericht. Der Prozeß fand am 28. Dezember in Feldkirch statt. Aus der Sorge heraus, den Prozeß wegen politischer Justiz zu verlieren, bot die „Wacht“, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Boß aus Bregenz, einen Vergleich an, den die Gegenseite ablehnte. Diese war durch den freisinnigen Advokaten Dr. Karl Fußenegger vertreten.

Die Verteidigung bemühte sich, Streikbrecher ganz allgemein als „moralisch defekte Menschen“ hinzustellen und strich im konkreten Fall den Wortbruch der Kläger besonders heraus.<sup>91</sup>

Die 12 Geschworenen kamen einstimmig zum Schluß, daß Leibfried freigesprochen werden sollte und die sechs Streikbrecher die Prozeßkosten zu bezahlen hatten.

Dieses Urteil löste in der Redaktion natürlich höchste Freude aus, und das Blatt feierte das Ergebnis gebührend in einem Artikel am 7. Dezember:

*. . . Jeder Leser, jeder Arbeiter, jedermann ersieht aus diesem Urteil der 12 Geschworenen, unter denen sich unseres Wissens kein Sozialdemokrat befand, daß selbst die Bürgerleute Streik-*

Sieg der  
Arbeiterpresse im  
Ehrenbeleidigungs-  
prozeß gegen  
Streikbrecher

*bruch für nicht ehrenhaft anschauen, daß selbst den Geschworenen, unter denen sich Fabrikanten, Fabrikdirektoren, Geschäftsleute in der großen Mehrzahl befanden, das Gebaren der Ankläger zu wenig einwandfrei war. Die gesamte organisierte Arbeiterschaft kann sich dieses Freispruches erfreuen; es ist dies ein großer moralischer Erfolg . . .*<sup>92</sup>

## Die Reaktionen der Dornbirner Bevölkerung

Daß auf den Massenveranstaltungen der freien Gewerkschaften die moralische und finanzielle Unterstützung der Streikenden unter Beweis gestellt wurde, überrascht kaum. Daß aber die Holzarbeiter und Tischler Dornbirns, welche Anfang September ebenfalls keinen befriedigenden Lohnabschluß erreicht und deswegen gestreikt hatten, ihre Solidarität mit den Gießern bekundeten, ist deswegen bemerkenswert, weil bei ihnen auch die christliche Gewerkschaft mitgemacht hatte. Bei ihrer Versammlung war sogar das Wort „Generalstreik“ gefallen.<sup>93</sup>

Die Textilarbeiter von Herrburger & Rhomberg waren bereits im Frühjahr in einen „wilden Streik“ getreten<sup>94</sup>, und die Webereiarbeiter sammelten im August Geld für die streikenden Gießer von Rüschtal. Dies war eine mutige Tat, führten sie die Sammlung doch unter der Androhung der Entlassung in der „Höhle des Löwen“, des Chefs Julius Rhomberg, durch.<sup>95</sup> Eine öffentliche Sammlung für die Streikenden erbrachte 321 Kronen, wobei etwa die Dornbirner Schuhmachergewerkschaft, die Bregenzer Holzarbeiter, die Metallarbeiter aus Türritz, das Bezirksamt Bregenz und einige Privatleute als Spender auftraten.<sup>96</sup> Diese 321 Kronen bedeuteten zwar lediglich zehn Kronen Unterstützung für einen Gießer, also nur einen „Tropfen auf den heißen Stein“, doch war die moralische Wirkung der Solidaritätsbekundung wichtig.

Solidarität und  
Gehässigkeit

Es gab aber auch Ablehnung und Gehässigkeit gegenüber den streikenden Arbeitern, wie die folgenden Beispiele zeigen: Beamte von Rüschtal sollen in Gaststätten die Streikenden als „faule Kerle“ und ihre Lohnforderungen als überzogen bezeichnet haben. Ein Haselstauder Zeichnungsgehilfe spöttelte, daß „das, was die Gießer machen, er auch könne; er habe auch schon Turbinen von 2 m Durchmesser gemacht.“<sup>97</sup>

Ein arbeitsloser Schmied aus Langen bei Bregenz hatte sich und seinen dreijährigen Sohn in alkoholisiertem Zustand erschossen. Obwohl der Mann mit den streikenden Gießern nicht das

geringste zu tun gehabt hatte, verbreiteten Leute das Gerücht, es handle sich um einen Streikenden und man sehe an diesem Beispiel, wie ein Streik die Leute ins Unglück treibe.<sup>98</sup>

Als das Söhnchen eines streikenden Gießers erkrankte und seine Mutter in der Stadtapotheke des Herrn Karl Kofler eine vom Arzt verordnete Medizin holen wollte, hatte sie nicht genügend Geld in der Tasche, was den Geschäftsmann zu folgender Äußerung veranlaßte: „Wenn die Gießer Geld zum Streiken haben, dann müssen sie auch Geld zur sofortigen Bezahlung des Apothekers haben“.<sup>99</sup>

Diese arbeiterfeindliche und kleinkarierte Denkweise des Apothekers scheint kein Einzelfall in Dornbirn gewesen zu sein. Auch die Bäckerei Spiegel am Marktplatz soll in jenen Jahren des öfteren gewisse Kunden beim Vordereingang abgewiesen, gutbürgerliche Kunden dagegen außerhalb der Geschäftszeit am Hintereingang mit Brot bedient haben.<sup>100</sup>

#### Die Nachwehen des Gießerstreiks

Nach Beendigung des Ausstandes feierte die „Vorarlberger Wacht“ den „Erfolg“ der Arbeiterschaft voller Euphorie:

*Es war ein zäher Kampf, wie Vorarlberg noch keinen erlebt hat; Kapital und Arbeit standen sich wohlbewaffnet gegenüber. Die Gießer standen wie die Felsen so fest da, keiner – bis auf einen alten Mann, der es nicht besser verstand, – wurde zum Verräter . . . Die Gießer haben Bresche geschossen in den unbezwinglich scheinenden Turm der Industriellen-Organisation, wofür ihnen die gesamte Arbeiterschaft Vorarlbergs dankbar sein muß. Hoch die Solidarität und die Organisation der Arbeiter, die diesen schweren Kampf ermöglichte!<sup>101</sup>*

Noch drei Jahre nach dem Streik brach die „Wacht“ in Pathos aus, als sie auf den Gießerstreik zurückblickte. Er war eine Art „Gründungsereignis“ der freien Metallarbeitergewerkschaft und eine Bewährungsprobe für die Zeitung selbst gewesen, die erst im Jänner 1910 aus der Taufe gehoben worden war. Zum 20jährigen Stiftungsfest der Metallarbeitergewerkschaft erschien ein Jubel-Artikel, der den Streik in einen großen geschichtlichen Zusammenhang stellte:

*Nicht viel mehr als ein halbes Jahrhundert ist verflossen, seitdem unsere großen Vorkämpfer das kommunistische Manifest in die Welt sandten . . . Und mit Stolz können wir Metallarbeiter konstatieren, daß in allen Ländern und in allen Zonen wir mit an*

Streik als  
„Gründungsereignis“  
der freien  
Gewerkschaft

der Spitze dieser Riesenarmee marschieren . . . Die Ortsgruppe Dornbirn . . . ist ebenfalls in der Lage, zu dieser großen Armee ein stattliches Fähnlein zu stellen . . . Hart und steinig war der Acker in Dornbirn, aber heute können wir auf eine festgefügte Organisation, auf eine große Anzahl begeisterter Kämpfer blicken. – Harte Kämpfe hat es abgesetzt, mancher ist gefallen, aber der Gießerstreik vor drei Jahren, die Feuertaufe der Ortsgruppe, hatte der arbeitenden Bevölkerung von Dornbirn gezeigt, was unsere Organisation zu leisten imstande ist . . .<sup>102</sup>

Distanz der  
christlichsozialen  
Presse

Eine völlig andere Einschätzung des Gießerstreiks hatte das christlichsoziale „Vorarlberger Volksblatt“, als es auf obigen Artikel reagierte:

*Wir sind der Meinung, die „Wacht“ hätte besser getan, dieses Vorkommnis nicht zu erwähnen; denn nur selten hatte die Arbeiterschaft eine so unglückliche Führung wie damals und die Umstände, unter denen die Arbeit aufgenommen werden mußte, gleichen sicher keiner Feuertaufe. Würden nicht andere Faktoren eingegriffen haben, die streikenden Metallarbeiter wären heute noch auf der Straße.*<sup>103</sup>

Welche „Faktoren“ und „Umstände“ das Blatt meinte, ließ es offen, obwohl es von der „Wacht“ dazu aufgefordert wurde.

Machtprobe für den  
Industriellenbund

In seiner Plenarversammlung am 8. Jänner 1911 zog der Industriellenbund Vorarlbergs seine Bilanz des Streiks: Der Ausstand habe für Obmann Julius Rhomberg 12 Wochen „Bereitschaftszustand“ und „Beschimpfungen durch das sozialdemokratische Parteiorgan“ bedeutet. Die Firma und der Sektionsvorstand hätten sich veranlaßt gesehen, die Hauptstelle in Wien einzuschalten. Als Sieger der Kämpfe sahen auch die Industriellen ihre Organisation, weil lediglich „Lohnzugeständnisse in jenem Ausmaße, das schon vor Beginn des Streiks konzidiert“ worden war, gewährt worden seien.<sup>104</sup>

*Der Solidarität der Arbeiter, welche es in zahlreichen Fällen zu verhindern wußten, daß Gießereien der Nachbarländer Guß für die Firma übernahmen, stand eine gleich festgefügte der Arbeitgeber gegenüber, welche unsere Arbeitgeber-Organisation mit jener der Schweiz und des angrenzenden Süddeutschland verband, so daß die Streikenden in diesen Gebieten keine Anstellung fanden. Von den Ausständigen verübte Gewalttätigkeiten führten zur Verurteilung der betreffenden Arbeiter zu Haftstrafen nach den Bestimmungen des Koalitionsgesetzes.*<sup>105</sup>

Auch die Industriellen-Organisation feierte also den Streik im Grunde als bestandene Machtprobe. Die Genugtuung, daß Arbeiter bestraft und nicht angestellt wurden, dürfte für die

Firma Rüscher-Ganahl allerdings eine geringe Entschädigung gewesen sein, denn finanziell muß der Streik einen klassischen Pyrrhussieg bedeutet haben. In den folgenden Jahren stand die Firma einer selbstbewußten Arbeiterschaft gegenüber.

Ignaz Rüscher, dem die „Vorarlberger Wacht“ 1913 bescheinigte, daß er im Gegensatz zu Julius Rhomberg beim Gießereistreik vernünftiger gewesen war und eingelenkt hatte<sup>106</sup>, trat noch im selben Jahr von der Geschäftsleitung zurück, als das Unternehmen in eine immer tiefere Krise schlitterte. Der Verwaltungsrat bestellte einen neuen leitenden Direktor, doch auch dieser konnte die Liquidierung der Firma im Jahre 1914 nicht verhindern.<sup>107</sup>

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Vgl. Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau (Hrsg.), 100 Jahre im Dienste der Wirtschaft, Bd. 1, Wien 1961, S. 158.
- <sup>2</sup> Stenografische Berichte des Vorarlberger Landtages, 54. Beilage, II/10/1910, S. 246.
- <sup>3</sup> Stenografische Berichte des Vorarlberger Landtages, 12. Sitzung, II/10/1910, S. 5.
- <sup>4</sup> „Vorarlberger Volksblatt“, Nr. 195 vom 28. August 1910, S. 3.
- <sup>5</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 34 vom 25. August 1910, S. 3.
- <sup>6</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 35 vom 28. August 1910.
- <sup>7</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 33 vom 14. August 1910.
- <sup>8</sup> Stenografische Berichte des Vorarlberger Landtages, 54. Beilage II./10./1910, S. 250.
- <sup>9</sup> Stenografische Berichte des Vorarlberger Landtages, 12. Sitzung, II./10./1910, S. 4.
- <sup>10</sup> „Vorarlberger Volksblatt“, Nr. 169 vom 28. August 1910, S. 1.
- <sup>11</sup> „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 35 vom 28. August 1910.
- <sup>12</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 30 vom 28. Juli 1910, S. 3.
- <sup>13</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 31 vom 4. August 1910, S. 5.
- <sup>14</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 32 vom 11. August 1910, S. 5.
- <sup>15</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“ Nr. 31 vom 29. Juli 1914 und „Dornbirner Gemeindeblatt“, Nr. 18 vom 1. Mai 1910.
- <sup>16</sup> „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 48 vom 21. April 1917, S. 6.
- <sup>17</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 30 vom 28. Juli 1910, S. 3.
- <sup>18</sup> Stenografische Protokolle des Abgeordnetenhauses, 21. Beilage, XVIII/1907, S. 1–2.
- <sup>19</sup> Manfred Scheuch, Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, Wien 1961, S. 110.
- <sup>20</sup> Dora Petsche-Rüscher, Die Entwicklung der politischen Parteien Vorarlbergs von 1870–1918, Innsbruck 1948, S. 89.
- <sup>21</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 30 vom 28. Juli 1910, S. 3.
- <sup>22</sup> Vorarlberger Landesarchiv, Zl. 666/57/1914 und „Vorarlberger Wacht“, Nr. 6 vom 5. Februar 1914.
- <sup>23</sup> Vorarlberger Landesarchiv, Zl. 666/1 und 3/1914.
- <sup>24</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 13 vom 29. März 1918.
- <sup>25</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 25 vom 23. Juni 1910.

- <sup>26</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 30 vom 28. Juli 1910, S. 3.
- <sup>27</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 29 vom 21. Juli 1910.
- <sup>28</sup> Flugblatt „Zur Aufklärung!“ der Firma Rüsç-Ganahl A.-G., Beilage zum „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 92, 1910.
- <sup>29</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 47 vom 24. November 1910.
- <sup>30</sup> Zahltagbuch der Firma Rüsç-Ganahl. Jg. 1910; Arch. d. Vereins für Industriegeschichte, Feldkirch.
- <sup>31</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 15 vom 19. April 1911, Beilage S. 2.
- <sup>32</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 41 vom 9. Oktober 1913.
- <sup>33</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 30 vom 28. Juli 1914, S. 3.
- <sup>34</sup> „Vorarlberger Volksblatt“, Nr. 135 vom 17. Juni 1910, S. 9.
- <sup>35</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 31 vom 4. August 1910, S. 3/4.
- <sup>36</sup> Beilage zum „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 92, 1910.
- <sup>37</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 31 vom 4. August 1910, S. 3/4.
- <sup>38</sup> ebenda
- <sup>39</sup> „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 94 vom 6. August 1910.
- <sup>40</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 31 vom 4. August 1910, S. 3.
- <sup>41</sup> Flugblatt „Die Wahrheit über die Ursachen des Gießereiarbeiterstreiks in den Vereinigten Maschinenfabriken Rüsç-Ganahl A.-G.“ der Ortsgruppe Dornbirn des Metallarbeiter-Verbandes; Stadtarchiv Dornbirn.
- <sup>42</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 31 vom 4. August 1910, S. 3.
- <sup>43</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 30 vom 28. Juli 1910, S. 3.
- <sup>44</sup> Beilage zum „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 92, 1910.
- <sup>45</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 42 vom 20. Oktober 1910, S. 6.
- <sup>46</sup> Schreiben von Ig. Rüsç an k. k. Statthaltereirat R. v. Ferrari, Feldkirch, vom 26. Juli 1910, Vorarlberger Landesarchiv, J 19271/3/1910.
- <sup>47</sup> Schreiben von Ig. und K. Rüsç an die k. k. BH Feldkirch vom 1. August 1910, Vorarlberger Landesarchiv, J 19271/4/1910.
- <sup>48</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 31 vom 4. August 1910, S. 3 ff.
- <sup>49</sup> ebenda
- <sup>50</sup> „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 94 vom 6. August 1910.
- <sup>51</sup> Schreiben des Landesgendarmariekommandos Bregenz an den Statthaltereirat vom 30. August 1910, Vorarlberger Landesarchiv, J 19271/1910.
- <sup>52</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 41 vom 13. Oktober 1910, S. 7.
- <sup>53</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 31 vom 4. August 1910, S. 3.
- <sup>54</sup> „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 89 vom 26. Juli 1910, S. 6.
- <sup>55</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 30 vom 28. Juli 1910, S. 3.
- <sup>56</sup> „Vorarlberger Volksfreund“, Nr. 91 vom 30. Juli 1910.
- <sup>57</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 31 vom 4. August 1910.
- <sup>58</sup> Schreiben von Ig. Rüsç an den Stadtrat Dornbirn vom 10. August 1910, Vorarlberger Landesarchiv, J 19271/1910.
- <sup>59</sup> Schreiben von Ignaz und Karl Rüsç an die k. k. BH in Feldkirch vom 1. August 1910, Vorarlberger Landesarchiv, J 19271/4/1910.
- <sup>60</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 32 vom 11. August 1910, S. 4.
- <sup>61</sup> siehe Anmerkung 58.
- <sup>62</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 34 vom 25. August 1910, S. 3.
- <sup>63</sup> Schreiben von Ig. Rüsç an die k. k. BH in Feldkirch vom 20. August 1910, Vorarlberger Landesarchiv, J 19271/5/1910.
- <sup>64</sup> Handschriftlicher Entwurf für ein Schreiben der k. k. BH Feldkirch an die Firma Rüsç-Ganahl vom 19. August 1910, Zl. 20078, Vorarlberger Landesarchiv, J 19271/1910.
- <sup>65</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 34 vom 25. August 1910, S. 8.
- <sup>66</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 32 vom 11. August 1910, S. 4.
- <sup>67</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 34 vom 25. August 1910, S. 8.
- <sup>68</sup> ebenda, S. 4.

- <sup>69</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 36 vom 7. September 1910, S. 8.
- <sup>70</sup> siehe Anmerkung 63.
- <sup>71</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 42 vom 20. Oktober 1910, S. 6.
- <sup>72</sup> ebenda
- <sup>73</sup> Vgl. H. Nägele, Dornbirner Unternehmer, Lustenau 1965, S. 32 f. und „Feldkircher Zeitung“, Nr. 86 vom 28. Oktober 1903, S. 2.
- <sup>74</sup> Vgl. M. Scheuch, Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, Wien 1961, S. 114.
- <sup>75</sup> Nachruf auf Julius Rhomberg, in: „Der Arbeiter“, zit. nach H. Nägele, Dornbirner Unternehmer, Lustenau 1965, S. 34/35.
- <sup>76</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 34 vom 25. August 1910, S. 3 und Nr. 42 vom 20. Oktober 1910, S. 6.
- <sup>77</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 30 vom 28. Juli 1910, S. 3.
- <sup>78</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 33 vom 18. August 1910, S. 4.
- <sup>79</sup> Vgl. Anmerkung 49 und „Vorarlberger Wacht“, Nr. 52 vom 24. Dezember 1913.
- <sup>80</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 41 vom 13. Oktober 1910, S. 7.
- <sup>81</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 52 vom 24. Dezember 1913.
- <sup>82</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 48 vom 1. Dezember 1910, S. 7.
- <sup>83</sup> „Volkszeitung“, Nr. 86 vom 27. Juli 1910.
- <sup>84</sup> Bericht der Hauptstelle österreichischer Arbeitgeber-Organisationen, o.D., Vorarlberger Landesarchiv, J 19271/1910.
- <sup>85</sup> siehe Anmerkung 64
- <sup>86</sup> Tiroler Landesarchiv, Statth. Präs. Nr. 5773 ad 14/5697 aus 1910, zit. nach Werner Hanni, Zur Geschichte der Arbeitskämpfe in Tirol und Vorarlberg von 1870–1918, Diss. Innsbruck 1983, S. 298.
- <sup>87</sup> Schreiben des k. k. Statthalters für Tirol und Vorarlberg an den k. k. Statthaltereirat und Leiter der k. k. BH in Feldkirch vom 30. August 1910, Nr. 5697/Pr., Vorarlberger Landesarchiv, Zl. 22272/1910.
- <sup>88</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 43 vom 27. Oktober 1910, S. 6 und den Bericht der k. k. Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahr 1910, Wien 1911, S. 263/64.
- <sup>89</sup> Vgl. ebenda
- <sup>90</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 31 vom 4. August 1910, S. 6.
- <sup>91</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 49 vom 7. Dezember 1910, S. 3.
- <sup>92</sup> ebenda
- <sup>93</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 36 vom 7. September 1910, S. 5.
- <sup>94</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 25 vom 23. Juni 1910.
- <sup>95</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 33 vom 18. August 1910, S. 4.
- <sup>96</sup> ebenda, S. 8.
- <sup>97</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 47 vom 24. November 1910.
- <sup>98</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 38 vom 22. September 1910.
- <sup>99</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 43 vom 27. Oktober 1910, S. 6.
- <sup>100</sup> Vgl. „Vorarlberger Wacht“, Nr. 27 vom 3. Juli 1913, S. 4.
- <sup>101</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 43 vom 27. Oktober 1910, S. 6.
- <sup>102</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 22 vom 29. Mai 1913, S. 3.
- <sup>103</sup> „Vorarlberger Volksblatt“, Nr. 144, 1910.
- <sup>104</sup> Protokoll der 12. Plenarversammlung der Sektion Vorarlberg des Bundes Österreichischer Industrieller vom 8. Jänner 1911, S. 8/9.
- <sup>105</sup> ebenda, S.9.
- <sup>106</sup> „Vorarlberger Wacht“, Nr. 25 vom 19. Juni 1913, S. 1.
- <sup>107</sup> Schreiben der Fa. Rüscher-Ganahl an die k. k. BH Feldkirch Zl. 2368/1, Vorarlberger Landesarchiv, XXXIV-108/1914.

## Hans Steurer, ein Dornbirner Landammann

In der Beschreibung des Generalvikariats Vorarlberg von Rapp ist eine Arbeit Viktor Kleiners über die Dornbirner Gemeindeammänner bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts abgedruckt. Diese Studie wurde durch Rudolf Hämmerle 1951 (Gartenstadt Dornbirn, S. 77 ff.) ergänzt und bis zur Gegenwart fortgesetzt. Die wertvolle Arbeit ist im wesentlichen heute noch gültig, obwohl speziell durch das Auffinden neuer Quellen etliche Ergänzungen und Berichtigungen fällig wären. So fällt vor allem die Unterscheidung zwischen den montfortischen und österreichischen Gerichtsamännern einerseits und den Amtsmännern der Hohenemser andererseits nach der jetzigen Quellenlage leichter, so daß jedenfalls die Numerierung der Amtsträger mit dem Namen Thomas Rhomberg zu ändern ist. Daß derjenige mit der Nummer II inzwischen durch Protokolle nachgewiesen ist, hat Rudolf Hämmerle schon im Werk „Geschichte der Familie Rhomberg“ (Dornbirn 1954, S. 69) dargelegt. Daß der Ammann Hans Stöffli (1515) als Stösli aufscheint, hängt mit der Schreibung des langen „s“ zusammen. Unter anderem weil der Name in der Ortsbezeichnung „Stöfflis Bild“ bis heute fortlebt, besteht kein Zweifel an der Richtigkeit der Form, ja es kann auch die außerhalb Dornbirns vorkommende Form „Stösli“ als Stöffli zu deuten sein. Bis ins 17. Jahrhundert sind in der Liste nicht nur Ammänner aufgenommen, die als Siegler von Urkunden nachgewiesen sind. Wenn zur Listung die bloße Nennung als Ammann in irgend einer Quelle genügt, müßten z. B. auch Anton Bösch (Dornbirner Familienbuch B 211) oder Andreas Rhomberg (geb. 1687) aus einer Aufzählung des Bürgermeisters David Fussenegger (wie oben Geschichte der Familie Rhomberg S. 84) gleichwertig sein.

Einer, der auf alle Fälle zu den Dornbirner Gerichts- und Gemeindeammännern zählt, ist Hans Steurer. Das große Wälder-Geschlecht Steurer war schon früh in Dornbirn vertreten. Das Lehensteuerverzeichnis von 1431 (Holunder 2/1932) kennt außer Lüty Stürer den Namen nochmals, allerdings ohne Angabe von Vornamen. Es dürfte sich um einen Besitz von Geschwistern handeln und zwar irgendwo am Dornbirner Berg, wo viele Wälder unmittelbar nach ihrer Zuwanderung hausten. Im Jahr 1515 verpfändet Lüty Stürer auf Kenleg 3 Juchart Acker an

Michel von Ems (HR 446). Es handelt sich dabei wohl um den Enkel des vorgenannten Namensvetters. Weiters kennen wir Mathias, Klaus, Heinrich, Blasius, Eustach und Adam Steuerer, alles Männer mit ungewöhnlichen Vornamen. Ein Hans Steuerer und einer mit Namen Adam waren am Fallenberg, Martin Steuerer am Tieftobel und Jos Steuerer noch 1589 in der alten Heimat Kehlegg. Die Steuerer dürften durch die Pestseuchen arg gelitten haben. Im Familienbuch (Stadtarchiv Dornbirn) steht nur noch ein Adam Steuerer zu Mühlebach, der zwischen 1640 und 1650 Kinder taufen ließ. Mit diesem ist der Dornbirner Zweig erloschen, doch haben etliche Steuerer-Töchter in noch blühende Familien eingeheiratet.

Der vorgenannte Ammann Hans Steuerer war sichtlich ein Sohn des ersten Lütü von 1431, denn er wird nicht nur mit dem Beinamen „Weltz“ bezeichnet, sondern auch als „Lütys Wältz“. Da im alten Jahrzeitbuch ein Hans Steuerer zu Kehlegg aufscheint, leider ohne Jahrzahl, ergibt sich die Frage, ob das der Ammann war. Dann hätte schon lang vor Sebastian Keckle ein Kehlegger das höchste Amt in der Gemeinde versehen. Die Annahme wird vor allem durch die nahe Verwandtschaft des Ammanns mit Kehleggern gestützt. Darüber hinaus finden wir eine Notiz bei Ludwig Welti (Jahrbuch Mus. V. 1953 S. 32), nach der Hans Steuerer als Gewährsmann aussagte, was die emsischen Amtleute aussagten, wenn sie aus dem Bregenzerwald kamen. Es ist leicht einzusehen, daß diese damals öfters den Weg über Kehlegg gewählt haben. Anno 1453 ist Hans Steuerer Vertreter der Dornbirner beim Vertrag wegen der halben Alpe Mörzel (HR 208). In der Hohenemser Urkunde 272 von 1469 wird Hans Stürer als öffentlicher Richter bezeichnet. Da besonders in den Herrschaften Bregenz und Hohenegg der Titel Richter vielfach für Ammann steht, war die Vermutung stets berechtigt, Hans Steuerer müßte den Dornbirner Ammännern zugezählt werden, obwohl er nicht als Siegler bekannt war.

Nun befindet sich aber im Pfarrarchiv Schwarzenberg (Vlb. Landesarchiv, Urkunde V) eine Gleichschrift jener Urkunde des Dornbirner Stadtarchivs (Fischer 12) mit der die Alpe Gschwend 1467 an einen Lindauer und zwei Brüder Buscher (Bösch) aus dem Bregenzerwald verliehen wurde. Es galt bisher als rätselhaft, weshalb diese Urkunde vom Wälder Ammann Heinz Feurstein gesiegelt war, da doch das Gschwend seit jeher unbestritten in den Zwingen und Bännen von Dornbirn lag. Auch der Umstand, daß die Gemeinde Vertragspartner war, hätte den Ammann nach damaliger Gepflogenheit nicht hindern müssen, zu siegeln. Um

aber sicher zu gehen, wurden zwei Ausfertigungen gemacht. Diejenige für die Wälder siegelte der Landammann Hans Steurer von Dornbirn. Weil Schwarzenberg damals noch lang nicht Gemeinde war, wurde die Urkunde dem dortigen Pfarrer zur Verwahrung anvertraut. Interessant wäre noch, ob eine solche Beurkundung technisch tatsächlich am genannten Montag nach Bonifatius-Tag beidseits erfolgt ist und ob die Schriftstücke von den Parteien am Gschwend oder Gschwend-Sattel ausgetauscht wurden.

Im Schild des Siegels des Ammanns Hans Steurer ist ein Werkzeug abgebildet, das ein Pickel oder ein besonders geformter Hammer sein kann. Vielleicht ist das ein Fingerzeig für eine besondere Tätigkeit der Familie, so wie es die Weintraube für die Haselstauder Weinbauer Frey oder das Wasserrad für die Schmiedefamilie Zumtobel wahrscheinlich ist. In eine neue Ammänner-Liste wäre Hans Steurer jedenfalls mit den Jahreszahlen 1467 und 1469 zwischen Hans und Jakob Albrich aufzunehmen.

## Mehrerauer Klosterbesitz in Dornbirn während des Mittelalters

Das unter Graf Ulrich von Bregenz um 1090 entstandene Kloster Mehrerau entwickelte sich während des Mittelalters zum größten und bedeutendsten Vorarlberger Kloster und stellte nicht nur ein religiöses und kulturelles Zentrum dar, sondern war auch ein landwirtschaftlicher Großbetrieb.

Das für den Unterhalt des großen Klosters notwendige Vermögen basierte auf selbst bewirtschaftetem Grundbesitz in Bregenz und Umgebung, den Abgaben der Lehensbauern und auf Kapital, das in Form von Zinsbriefen verliehen wurde und dem Kloster jährliche Zinse garantierte. Das Kloster entwickelte sich durch Grundkäufe während des Spätmittelalters zu einem der bedeutendsten Grundbesitzer im Raum Bregenz, dem Bregenzerwald und dem Westallgäu. Im Bereich Grünenbach (Landkreis Lindau) erlangte das Kloster sogar eine Lehensgerichtsbarkeit. Im Vorarlberger Rheintal und im vorderen Walgau verfügte das Kloster jedoch nur über bescheidenen Lehensbesitz. Auch in Dornbirn verfügte Mehrerau über einige Lehenshöfe und bezog aus Zinsbriefen regelmäßig Zinsen.

Im Mehrerauer Archiv, das sich heute im Vorarlberger Landesarchiv befindet, haben sich einige Urkunden und Schriften erhalten, die über diese Lehenshöfe Auskunft geben. In der vorliegenden Arbeit soll ein Überblick über dieses heute fast vergessene Kapitel Dornbirner Geschichte gegeben werden.

In der wichtigsten Urkunde aus der Frühgeschichte Mehreraus, einer Besitzbestätigungsurkunde des Papstes Innozenz IV. von 1249, findet sich Dornbirn unter der Bezeichnung „Tornburron, Stigelingen und Kuun (Knie)“.<sup>1</sup> Wie das Kloster zu seinen Besitzrechten in Dornbirn kam ist kaum eruierbar. Eine Erklärungsmöglichkeit wäre eine Schenkung von privater Seite. Im Mehrerauer Nekrolog, einem Totenverzeichnis, das auch Wohltäter des Klosters nennt, findet sich nämlich der Hinweis, daß der Laie Henricus „consignat monasterio praedium Tornburron“, also eine Schenkung in Dornbirn vornahm.<sup>2</sup> Wann diese Schenkung vorgenommen wurde ist aus dem Nekrolog nicht zu ersehen, da nur der Todestag des Wohltäters, aber nicht das Todesjahr erwähnt wird.

Eine weitere Erklärungsmöglichkeit wäre ein Übergang des St. Galler Kellhofs in Dornbirn an die Grafen von Bregenz während

des Investiturstreits und die Weitergabe dieses Besitzes an Mehrerau.<sup>3</sup>

Eine Klärung dieser Frage ist aus Quellenmangel nicht möglich. Im ältesten Verzeichnis der Zinseinnahmen Mehreraus, dem sogenannten Zinsrodel von 1280, findet sich die Erwähnung eines Großhofes in Dornbirn, der 14 Schilling Zins zu zahlen hatte. Weiters wird in Dornbirn „super<sup>o</sup>ris villa“ (Oberdorf) ein Lehen namens „Trostis“ und ein zweites Lehen ohne Namensnennung im Zinsrodel aufgeführt. Auch die Parzelle Knie (Chnuwin) wird mit einer Abgabe von sechs denarii genannt. Im gleichen Zinsrodel taucht dann unter der Rubrik „ad custrinam“, dem Küsteramt des Klosters, Chnuwin nochmals auf, wobei es sich um einen späteren Zusatz im Zinsrodel handeln dürfte. Das Zinsrodel von 1320 nennt wieder den Großhof („curia“) und die zwei Oberdorfer Lehen, wobei aber zusätzlich im Oberdorf zwei Weingärten angegeben werden.

Erstmals werden die Lehen 1340 mit Namen bezeichnet. Es sind dies die Lehen: Kasten, Huobhof, Trost und Nessler.<sup>5</sup>

Besonders bemerkenswert scheint der Huobhof zu sein, der bereits in der päpstlichen Besitzbestätigungsurkunde von 1249 als „Tornburron Zemhueber“ angegeben wird. Urkundlich taucht der Huobhof erst wieder 1340 auf. Dieser Huobhof dürfte, wie aus der Bezeichnung alleine schon hervorgeht, der bedeutendste Bauernhof unter den Mehrerauer Lehenhöfen gewesen sein. Stiglingen wird 1280 in den Zinsrodelen gleich zweimal erwähnt.<sup>6</sup> Einmal mit einer Geldabgabe und mit einer starken Belastung in Form von Geldabgaben und Naturalabgaben. Der Lehenshof hatte als Naturalabgaben 160 Eier, Nüsse und 8 Schweineschultern abzuliefern. Den sehr umfangreichen Abgaben nach dürfte es sich um einen ansehnlichen Hof gehandelt haben.

In den folgenden Jahren dürfte es zu einer Aufsplitterung dieses Großhofes in Stiglingen gekommen sein, da 1320 drei Lehen genannt werden, wobei zwei Geldabgaben zu leisten hatten und das dritte Lehen mit Geld- und bedeutenden Naturalabgaben belastet war. Vermutlich hat der größte, neuentstandene Hof die starken Abgaben des ursprünglichen Großhofes übernommen. Für diese Stiglinger Lehenhöfe findet sich eine interessante lehensherrschaftliche Abgabe: das „wisot“. Unter „wisot“ wurde eine kleine Abgabe an den Lehensherren zu bestimmten Festtagen verstanden. Zu welchem Anlaß die Lehensbauern diese außerordentliche Abgabe zu leisten hatten ist nicht eruierbar, doch wird die Art des „wisot“ genannt. Es waren acht Käselaike und acht Hühner an das Kloster abzuführen. Für eines dieser

Lehen, das Jakobslehen, ist aus dem Spätmittelalter ein anderer Hinweis auf die Ausführung grundherrschaftlicher Rechte bekannt. 1459 führte das Kloster gegen den Lehensinhaber einen Prozeß wegen Nichteinhaltung des Zinstermins. Das Jakobslehen wurde für fällig und verfallen erklärt und das Lehen einem neuen Bauern verliehen. Eine Urkunde aus dem Jahre 1474 zeigt ebenfalls wie das Kloster versuchte seine grundherrschaftlichen Rechtsansprüche durchzusetzen und dazu den Rechtsweg nicht scheute.

Die Lehensinhaber der vier mehrerauischen Lehen zu Stiglingen verweigerten die Leistung des „besten Fall“, also die Verpflichtung das beste Stück Vieh beim Tode des Ältesten auf dem Hofe, dem Kloster zu übergeben. Deswegen kam es am 27. Juli 1474 zu einer Tagsatzung in Dornbirn zwischen dem Vertreter des Klosters und den Lehensinhabern.<sup>9</sup> Der Vertreter des Klosters, Symon Grötsch, Stadtamman von Bregenz, brachte vor, daß die vier Lehen mit Namen: „Jakobs,- Bombgarten,- Natter- und Blatterlehen alle den besten Fall zinsen sollten. Ein gewisser Schnell hätte dem Kloster auch den besten Fall geleistet und ein Andres Rusch hätte den besten Ochsen zu Martini dem Abt in Dornbirn übergeben.

Die Dornbirner erwiderten durch ihren Fürsprecher, den Landrichter Hans Rad, daß sie „mit Eigenschaft“ (Leibeigenschaft) dem österreichischen Landesherren und nicht dem Abt zugehörig wären und daher nur dem Landesherren todfallpflichtig wären. Dem Abt wurde eine Frist von sechs Wochen zur Vorlegung der schriftlichen Beweisstücke eingeräumt, doch hielt er diese Frist nicht ein und verlor daher den Prozeß. Das Kloster konnte seinen Anspruch, den Bestfall einzuheben, nicht durchsetzen.

Ein weiteres Beispiel für die grundherrschaftlichen Rechtsansprüche ist ein Vertrag aus dem Jahre 1347.<sup>10</sup> Das Kloster war immer bemüht seine Güter in gutem Zustand zu erhalten, da davon der Ertrag und Gewinn des Klosters abhing. Als Beispiel dafür kann eine Urkunde von 1347 genannt werden, laut der ein Hans Loechlin verspricht, die Bäume, die er in seinem Weingarten am „Staimbach“ gepflanzt hatte und die den Weingärten des Klosters schädlich waren, ausgraben werde. Als Entschädigung für das Ausgraben der Bäume erhielt er vom Probst Haldenberg eine bestimmte Menge Hafer. Diese an und für sich unbedeutende Angelegenheit ist typisch für das wiederholte Eintreten des Klosters für den guten Zustand der Lehensgüter.

Das Kloster verfügte auch in der Parzelle Knie über Besitz. Es handelt sich dabei wie oben schon erwähnt um sehr alten

Mehrerauer Besitz, da er bereits 1249 erwähnt wird. Dieser Besitz wurde 1451 durch einen Weingarten vermehrt. Dieser Weingarten kam beim Kauf der Güter des Ulrich von Schwarzach an Mehrerau.<sup>11</sup> Ritter Ulrich von Schwarzach hatte die Burg Oberfeld in Wolfurt, Weingärten in Wolfurt und Schwarzach, landwirtschaftliche Güter in Schwarzach und eben den Weingarten auf Knie um 944 Pfund und eine Herrenpfunde an das Kloster verkauft.

1471 kam es wegen eines Waldes auf Knie zu einem Rechtsstreit, der bei einem Lokalaugenschein entschieden wurde. Das Kloster konnte seine Besitzrechte am Wald verteidigen.<sup>12</sup>

Auf Knie befand sich auch alter St. Galler Besitz, der über die Montforter und Habsburger an die Emser Ritter gekommen sein dürfte.<sup>13</sup> Inwieweit hier eine Beziehung zwischen dem St. Galler und Mehrerauer Besitz besteht ist nicht klar.

Das Kloster Mehrerau hatte auch Besitzrechte an der Alpe Mörzel. Mörzel war neben den Alprechten in Zürs die wichtigste Alpe des Klosters. Diese Besitzverhältnisse waren jedoch sehr kompliziert, da auch die Dornbirner und Mellauer über Besitzrechte verfügten. 1495 kam es zu Streitigkeiten zwischen den Alpengenossen, die bei einem Schiedsgericht behandelt wurden.<sup>14</sup> Mehrerau wollte ursprünglich die Streitigkeiten vor dem geistlichen Gericht in Konstanz verhandeln lassen, doch hatten die Dornbirner den Vogt von Feldkirch um Vermittlung gebeten, der 1495 eine schiedsgerichtliche Verhandlung wegen der strittigen Rechtsansprüchen an der Alpe und dem zur Alpe gehörigen Wald führte. Das Schiedsgericht entschied, daß dem Abt ein Vorsäß zuzusprechen wäre und den Alpengenossen ein Schneefluchtrecht dorthin einzuräumen sei. Sie hatten dem Kloster aber weiterhin das Vogelmalrecht zu entrichten. Dies war eine besondere Form der Abgabe, die aus allen Milchprodukten bestand, welche an einem bestimmten Tag während des Alpsommers erzeugt wurden.<sup>15</sup> Bei Ausbleiben der durch das Vogelmalrecht bestimmte Käselieferungen, sollte die Alpe wieder an das Kloster zurückfallen. Auch die Ansprüche des Abtes auf einen Waldanteil wurden bestätigt.

Das Kloster war während des 16. und 17. Jahrhunderts immer wieder gezwungen Lehensgüter in Dornbirn zu verkaufen. Besonders der Bau der barocken Klosteranlage stürzte das Kloster in große Schulden, sodaß nur durch einen Verkauf von Lehenshöfen finanzielle Mittel aufgebracht werden konnten. Den endgültigen Schlußstrich unter die Besitz- und Rechtsverhältnisse Mehreraus in Dornbirn wurde durch die Auflösung des Klosters im Jahre 1806 gezogen.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Adolf Helbock, *Regesten Vorarlbergs und Liechtensteins*, Innsbruck, 1920–1925, S. 208.
- <sup>2</sup> *Necrologium Augiae Majoris Brigantinae OSB anno 1728 renovatum calamo Pauli Popelin eiusdem loci*. Hg. Joseph Bergmann, (*Denkschriften der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse* 5). Wien 1854, S. 32.
- <sup>3</sup> Alois Niederstätter, *St. Galler Klosterbesitz im heutigen Vorarlberg während des Mittelalters*. In: *Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung* 103 (1985), S. 26.
- <sup>4</sup> Benedikt Bilgeri, *Zinsrodel des Klosters Mehrerau 1290–1505*, (*Allgäuer Heimatbücher* 21) Kempten 1940, S. 38.
- <sup>5</sup> Bilgeri, *Zinsrodel*, S. 27.
- <sup>6</sup> Bilgeri, *Zinsrodel*, S. 7 und 8.
- <sup>7</sup> Bilgeri, *Zinsrodel*, S. 47.
- <sup>8</sup> *Vorarlberger Landesarchiv, Urkunde Nr. 1155*.
- <sup>9</sup> Gebhard Fischer, *Urkundenauszüge aus dem Dornbirner Archive*, Innsbruck 1887, S. 12.
- <sup>10</sup> *Mehrerauer Chartular, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Handschrift blau 355, Folio 207*.
- <sup>11</sup> *Mehrerauer Chartular, Folio 100*.
- <sup>12</sup> *Vorarlberger Landesarchiv, Urkunde Nr. 1217*.
- <sup>13</sup> Alois Niederstätter, *St. Galler Klosterbesitz*, S. 26.
- <sup>14</sup> Ludwig Welti, *Siedlungsgeschichte Vorarlbergs*. (*Veröffentlichungen der Universität Innsbruck* 6) Innsbruck 1973, S. 127 f.  
Arnulf Häfele, *Das Alpwesen der Herrschaft Hohenems*. *Phil. Diss. Innsbruck* 1972, S. 285 f.
- <sup>14</sup> Karl-Heinz Burmeister, *Das Vogelrecht in Vorarlberg und Liechtenstein*. In: *Festschrift Nikolaus Grass. Innsbruck-München 1975*, S. 32.  
Häfele, *Alpwesen*, S. 283.

## ANSCHRIFTEN DER AUTOREN

*Fessler* Klaus, Mag., Schmelzhütterstraße 21, 6850 Dornbirn  
*Kalb* Franz, Dkfm., Sandstraße 3, 6890 Lustenau  
*Volaucnik* Christoph, Mag., Babenwohlweg 16, 6900 Bregenz

## SCHRIFTFLEITUNG

Dr. Paul Rachbauer  
Dr. Alois Niederstätter  
Mag. Werner Bundschuh  
Werner Matt

Für den Inhalt der Abhandlungen sind ausschließlich die  
Verfasser verantwortlich.

Der teilweise oder vollständige Abdruck von Arbeiten aus dem  
Heft ist nur mit Bewilligung der Schriftleitung nach  
Genehmigung der Autoren gestattet.

Übersendung von Manuskripten erbeten an:  
Schriftleitung der Dornbirner Schriften, Stadtarchiv Dornbirn,  
Rathausplatz 3, 6850 Dornbirn.

Die Einreichung der Manuskripte bietet keine Gewähr für Ihre  
Veröffentlichung.

Wie kaum eine andere Unternehmerpersönlichkeit besaß der  
Maschinenfabrikant Josef Ignaz Rüschi zu Beginn unseres  
Jahrhunderts einen erheblichen Einfluß auf Politik, Wirtschaft  
und Kultur Dornbirns und Vorarlbergs.

